Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Alfringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff [illegible]

[illegible]
Berlin SW 61, [illegible]
[illegible]

Die Herstellung erfolgt im [illegible]
[illegible]

Berlin, den 28.Sept.1932.

Int. Instituut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Parteibuch-Politik.

Deutschnational als "überparteilich".

SPD. Die kommissarische Verwaltung Preussens hat eine Reihe von Beamten befördert, die sich ihr am 20.Juli zur Verfügung gestellt und seitdem durch die Tat bewiesen haben, dass sie den Gewaltstreich gegen die Regierung Braun-Severing-Hirtsiefer und den Kurswechsel zur Reaktion seit dem 20.Juli innerlich bejahen. Es handelt sich dabei um die Herren Nobis, Landfried und Schütze von denen Nobis zum Staatssekretär des Staatsministeriums, Landfried zum Ministerialdirektor beim Staatsministerium und Schütze zum Ministerialdirektor im preussischen Innenministerium ernannt wurde. Diese Ernennungen sind ein Stein mehr im Gebäude der skandalösen Personalpolitik der kommissarischen Verwaltung, die systematisch auf eine Entrepublikanisierung der Verwaltung und auf ihre Durchtränkung mit reaktionärem deutschnationalem Geist hinausläuft.

In den Fällen Nobis und Landfried handelt es sich zudem um einen schweren Affront gegen den Staatsgerichtshof wie gegen die süddeutschen Länder. Herr Nobis ist mit der Stimmführung der preussischen Vertreter im Reichsrat, Herr Landfried zum Bevollmächtigten im Reichsrat ernannt worden. Das Recht des Reichskommissars, die Vertretung im Reichsrat an sich zu reissen, ist von den süddeutschen Ländern auf das heftigste bestritten worden, da auf diese Weise in der Tat das Reich den Reichsrat zu einem willenlosen Instrument in seiner Hand umgestalten könnte. In dieser Frage hat die kommissarische Verwaltung in Preussen fast restlos sämtliche Staatsrechtslehrer gegen sich. Die Entscheidung über diese Frage wird Anfang Oktober fallen. Die Ernennung dieser Beamten ist also eine bewusste Demonstration, mit der Herr Bracht endgültige Zustände schaffen will. Es muss daran erinnert werden, dass in einem ähnlich gelagerten Falle der Reichsgerichtspräsident Simons zurücktrat, weil er in der Ernennung des Dr. Luther in den Verwaltungsrat der Reichsbahn durch die Reichsregierung einen unerhörten Vorgriff erblickte, der die Autorität der Verfassungsrechtsprechung auf das schwerste gefährdet.

Diese Ernennung, und nicht sie allein, zerstören den Schein der Überparteilichkeit, den die kommissarische Verwaltung Preussens nach dem Vorbilde der Reichsregierung um sich zu verbreiten sucht. Es handelt sich um eine deutschnationale Parteiregierung, um die Regierung einer ausgesprochenen Kaste.

Als das Kabinett Papen im Reich an die Macht kam, und als es sich nach dem 20.Juli der preussischen Verwaltung bemächtigte, hat es schlagartig umstürzende Veränderungen in den leitenden Beamtenstellungen vorgenommen. Diese Veränderungen erfolgten so plötzlich, dass man auf eine langfristige Vorbereitung schliessen musste. Es müssen Listen vorhanden gewesen sein, auf denen die Männer gestanden haben, die von der Regierung Papen entweder ins Amt gebracht oder im Amt befördert worden sind. Diese Listen müssen aufgestellt worden sein, als das Kabinett Papen noch nicht im Amt war. Es sind also von unver-

antwortlichen Gruppen, und zwar parteimässig und kastenmässig gebundenen Gruppen ausserhalb von Parlament und Regierung, Beförderungslisten aufgestellt worden! Man erzähle uns nicht, dass gerade darin das Wesen der Unabhängigkeit von parlamentarischen Parteien bestünde! Die Männer, die sich die Regierung Papen geholt hat, sind klassenmässig und kastenmässig alle über denselben Kamm geschoren. Die deutschnationale, gegen die Republik gerichtete Gesinnung und die Zugehörigkeit zu den geheimen Zirkeln studentischer Korps ist das Auswahlprinzip, das jetzt wieder im Reich wie in Preussen zu Ehren kommen soll. Die neuesten Personalveränderungen in Preussen sind eine Ausstrahlung solcher Politik.

Der Staatssekretär Nobis war elf Jahre lang ein getreuer Diener von Otto Braun. Am 20.Juli schwenkte er völlig um. Er war es, der jene Einladung zu einer angeblichen Staatsministerialsitzung verfertigte, die der Vertreter des Reiches vor dem Staatsgerichtshof dann selbst verlegen als einen Bureaulapsus bezeichnete. Ministerialdirektor Schütze war Referenz im Innenministerium. Er wird jetzt Ministerialdirektor als Leiter der Verfassungsabteilung. Unter der früheren Regierung hat Dr. Badt ein Jahr lang als Ministerialrat die Verfassungsabteilung geleitet. Die kommissarische Verwaltung belohnt rasch! Ministerialdirektor Dr. Landsgrund genoss lange Jahre das Vertrauen der republikanischen Minister. Er hat sich nach dem 20.Juli sehr beeilt, Herrn Bracht alles anzuvertrauen, was ihm anvertraut worden war. Die Herren waren früher einmal angeblich Volksparteiler. Jetzt halten sie zu Hugenberg. Die Herren Landsgrund und Schütze sind ausserdem Korpsstudenten. Herr Bracht hat ferner einen gewissen Regierungsrat Gritzbach vom Regierungsrat zum Ministerialrat ernannt. Er hat ihn aus der Zentrale für Heimatdienst geholt und ihn als seinen persönlichen Referenten bestellt. Der Herr war einmal Staatsparteiler, dann Volksparteiler und jetzt ist er wahrscheinlich deutschnational. Er hat nicht nur einen grossen politischen Sprung gemacht, sondern auch den Sprung über den Oberregierungsrat hinweg.

Nach solchen Dingen wagt man noch, uns die kommissarische Verwaltung in Preussen als eine überparteiliche Verwaltung vorzustellen? Es handelt sich um eine ausgesprochene reaktionäre Parteiregierung, die klassenmässig und kastenmässig eng umgrenzt ist! Die ganze Öffentlichkeit sieht diese Dinge, und je lauter die Beteuerung der Überparteilichkeit erfolgt, umso grösser wird ihr Unglaube. Diese Personalpolitik, in der die Reaktion so offen ihre Absichten enthüllt, ruft Empörung bei allen aufrechten Republikanern hervor! Je offener die Reaktion hervortritt, umso stärker wird der Wille werden, Staat und Verwaltung von diesen reaktionären Elementen wieder zu reinigen und zwar ein für alle Mal.

SPD. In dem Verfassungsstreit Preussen-Reich ist nunmehr vom Staatsgerichtshof Termin auf den 10.Oktober vormittags 10 Uhr angesetzt worden.

Die preussische Regierung Braun hat inzwischen drei Anträge an den Staatsgerichtshof gerichtet. Der erste begehrt die Feststellung, dass die Einsetzung eines Reichskommissars für Preussen mit so weitgehenden Befugnissen wie die Absetzung der Preussischen Staatsminister, die Zurdispositionsstellung von Beamten und den Eingriff in die Reichsratsvertretung verfassungswidrig ist. Der zweite Antrag, der im wesentlichen mit den von Bayern und Baden in ihren Sonderklagen gestellten Anträgen übereinstimmt, wünscht eine Entscheidung darüber, dass gewisse Massnahmen der Reichsregierung unter allen Umständen über die Befugnisse aus Artikel 48 der Reichsverfassung hinausgehen und zwar selbst dann, wenn die zur Rechtfertigung behaupteten Tatsachen zutreffen. Der dritte Antrag wünscht eine Feststellung darüber, dass die vom Reich gegen Preussen erhobenen Vorwürfe nicht berechtigt sind.

SPD. Zürich, 28.September (Eig.Drahtb.)

Das erweiterte Büro der Sozialistischen Arbeiter-Internationale hat am 27. und 28.September in Zürich eine Tagung abgehalten. Es waren anwesend de Brouckère und Vandervelde (Belgien), Breitscheid, Crispien, Hilferding und Wels (Deutschland), Blum, Grumbach, Longuet und Renaudel (Frankreich), Compton und Gillies (Grossbritannien), Albarda (Holland), Modigliani (Italien), Bauer (Österreich), Liebermann (Polen), Abramowitsch (Russland), Soukup und Winter (Tschechoslowakei), Grimm (Schweiz) sowie van Roosbroeck als Kassierer und Adler als Sekretär.

Das Büro nahm einen Bericht des Sekretariats über die internationale Lage entgegen. Es kam zu einer völligen Uebereinstimmung über jene Gesichtspunkte, nach denen die Aktion der SAJ in Verbindung mit dem IGB gegen die Aufrüstung und für die allgemeine Abrüstung, die allgemeinen Kontrollregeln unterworfen sein soll, fortgesetzt werden wird.

Das Büro beschloss ferner nach eingehender Debatte, der Exekutive vorzuschlagen, die Einberufung einer internationalen sozialistischen Konferenz in Aussicht zu nehmen, die die Fragen der Methode des Kampfes der Arbeiterklasse um die Macht und die gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse behandeln soll.

Schliesslich behandelte das Büro eine Reihe organisatorischer Fragen.

SPD. Weimar, 28.September (Eig.Dr.)

In einer nationalsozialistischen Versammlung in Rudolstadt bestätigte der gerade aus München zurückgekehrte nationalsozialistische Abgeordnete des Thüringer Landtags Peuckert, dass die NSDAP vor der finanziellen Pleite steht.

Peuckert erklärte nach dem Bericht der rechtsstehenden "Rudolstadter Zeitung" zunächst, es stehe heute "ziemlich einwandfrei fest", dass Hindenburg erklärt habe, er denke garnicht daran, solange er lebe, "diesen Anstreichergesellen aus München" zum Reichskanzler zu berufen. Peuckert schilderte dann die Vorgänge vom 13.August, als Hitler von Hindenburg unter ganz unwürdigen Umständen empfangen und ebenfalls unwürdig behandelt worden sei. Abschliessend erklärte er: Die Parteikassen der Ortsgruppen seien leer. Die Kapitalisten zahlten nichts mehr und die SA ginge teilweise mit leerem Magen in den neuen Wahlkampf.

SPD. Der Polizei-Untersuchungs-Ausschuss des preussischen Landtags beschäftigte sich am Mittwoch mit der polizeilichen Haussuchung in den Räumen der kommunistischen Reichstagsfraktion.

In der Nacht nach der Reichstagsauflösung drangen trotz des Widerspruchs des Direktors des Reichstages auf höheren Befehl Polizeibeamte in das Parlament ein. Sie öffneten die Fraktionszimmer der KPD, um dort nach Bomben und Sprengstoffen zu suchen. Gleichzeitig wurden alle Tische und Schubladen der kommunistischen Abgeordneten durchstöbert und Schriftstücke sowie Bücher beschlagnahmt. Wegen dieser unbefugten Handlungen und Verletzung der parlamentarischen Immunität wurde seinerzeit von dem verantwortlichen Berliner Polizeipräsidenten Melcher sofort Rechenschaft verlangt. Allerdings vergeblich.

Als der Untersuchungs-Ausschuss des preussischen Landtags am Mittwoch seine Arbeit begann, liess der preussische Staatskommissar die Erklärung abgeben, dass er den geladenen Polizeibeamten keine Aussage-Genehmigung erteilen könne, weil dadurch die Methoden der Polizei zur Bekämpfung staatsfeindlicher Bewegungen verraten und blossgestellt werden könnten. Gleichzeitig liess der Staatskommissar jedoch versprechen, er werde in Zukunft die Vor-

schrift peinlich beachten, dass polizeiliche Aktionen im Parlament nur mit Zustimmung des Parlamentspräsidenten vorgenommen werden können. Die nächtliche Aktion im Reichstag sei durch vertrauenswürdige Mitteilungen der Art erfolgt, dass Kommunisten im Reichstag Bomben gelegt hätten.

Sowohl der Berichterstatter des Ausschusses, der Abg. Möller-Halle (Soz) wie der sozialdemokratische Beisitzer Dr. Hamburger bestreiten dem Staatskommissar das Recht, die Polizeibeamten an der Zeugenpflicht zu hindern und damit zugleich die Arbeit des Ausschusses zu erschweren. Wenn es sich für die Nazis darum handele zu versuchen, die abgesetzten preussischen Minister blosszustellen, dann erteile der Staatskommissar den Polizeibeamten die Aussage, wie im Fall der Skagerrak-Unruhen. Die Polizeibeamten dürften aber nicht aussagen, wenn die Methoden der jetzigen Machthaber blossgestellt werden könnten! Diesen Erklärungen des sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Hamburger schlossen sich die Kommunisten vollinhaltlich an. Nazi-Freisler donnerte dann gegen den "Verfassungsbruch" und gegen die Verfassungsverletzungen durch den Staatskommissar. Nur die Deutschnationalen waren mit dem Staatskommissar wieder einmal einverstanden. Sie werden wissen warum.

In der Zeugenvernehmung schildert der Direktor des Reichstages die Vorgänge. Zuerst seien die Beamten in die Keller gegangen. Als die Polizei auch in den kommunistischen Fraktionszimmern Untersuchungen anstellte, habe er darum ersucht, sich doch nur auf die Ermittlung von angeblichen Sprengstoffen zu beschränken. Von dem Polizei-Offizier von Werder sei ihm ausdrücklich mitgeteilt worden, dass der Polizeipräsident den Auftrag zur Durchsuchung des Reichstags gegeben habe. Eine Bescheinigung darüber, was beschlagnahmt gewesen sei, habe er weder gefordert noch erhalten. Die Durchsuchung habe sich lediglich auf sämtliche Kellerräume sowie auf einige Zimmer der kommunistischen Fraktion beschränkt.

Reichstagspräsident Goering erklärt, dass ihn der Polizeipräsident, wenn er gewollt hätte, sehr leicht telefonisch hätte erreichen können. Er bezweifle dass das Polizeipräsidium auch nur den Versuch gemacht habe, ihn zu erreichen. Der Polizeipräsident Melcher behaupte, von der ganzen Aktion vorher nichts gewusst zu haben.

Der Hausinspektor des Reichstags gibt eine lebhafte Schilderung, wie ihn um 11 Uhr nachts zuerst ein "General Severin" angerufen habe, ob im Reichstag alles in Ordnung sei und wie ihn später die Polizei aus dem Bett geholt habe mit dem Rufe: "Bomben mit Zeitzünder" seien gelegt.

Die Vernehmungen werden dann durch folgende Mitteilung des sozialdemokratischen Berichterstatters Möller unterbrochen: "Ich bekomme soeben ein Stück Papier vom Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungsverleger mit der Ueberschrift "Politische Polizei bekommt nie Aussage-Genehmigung". Der Berichterstatter verliest diese für die Presse bestimmte Nachricht und fügt hinzu: "Es ist interesant, dass der über Nacht zum Ministerialdirektor beförderte Dr. Schütze, der Vertreter des Reichskommissars, unsere Verhandlungen verlassen hat, ohne dem Vorsitzenden oder mir Mitteilung davon zu machen, und dass er statt direkter Mitteilung an uns es vorgezogen hat, eine Darstellung des Standpunktes, den man gegenüber unseren Beratungen einnimmt, dem Nachrichtenbüro zuzuleiten. Diese Mitteilung möchte ich beinahe als bewusste Irreführung der Öffentlichkeit bezeichnen. Es handelt sich hier um einen ganz schweren Verfassungsbruch und der Untersuchungs-Ausschuss hat nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht, solchen Dingen auf den Grund zu gehen. Die Fraktionen werden sich überlegen müssen, ob der Ausschuss nun nicht auch seine Auffassung zu dem Vorgehen des Reichskommissars der Öffentlichkeit mitteilen muss."

Als schliesslich die Polizeibeamten aufgerufen wurden, erklärten sie nicht aussagen zu dürfen. Der Ausschuss nahm deshalb eine Entschliessung an, in der das Verhalten des Staatskommissars in den schärfsten Worten verurteilt wird. - Die Verhandlungen werden am Donnerstag fortgesetzt.

SPD. Paris, 28.September (Eig.Drahtb.)

Herriot wird am Donnerstag in der Völkerbundsversammlung das Wort nehmen. Der Genfer Korrespondent des "Temps" teilt über Herriots Absicht folgendes mit:

Der Ministerpräsident werde sich nicht vor der Versammlung auf eine Polemik einlassen. Er werde sicherlich aber in indirekter Form auf das Interview des Reichskanzlers antworten. Zunächst werde er ein Glaubensbekenntnis zum Völkerbund ablegen, auf den die französische Regierung ihre Aussenpolitik aufbaue. Der Ministerpräsident werde auch auf die Notwendigkeit einer internationalen Zusammenarbeit sowie auf die grosse und unbestreitbare Nützlichkeit des Völkerbundes hinweisen, der schon schwierigere Perioden durchgemacht und sie stets überwunden habe. Auf das Abrüstungsproblem und die Schwierigkeiten, die sich aus der Abwesenheit Deutschlands von der Konferenz ergeben, werde er nicht eingehen, da diese Fragen nicht auf der Tagesordnung ständen. Der wesentliche Teil der Rede Herriots werde sich mit der Wirtschaftslage beschäftigen. Der Ministerpräsident werde die günstigen Ergebnisse der Konferenz von Stresa unterstreichen und von der Bedeutung der Weltwirtschafts-Konferenz sprechen.

SPD. Am Mittwoch haben die gegenwärtigen Machthaber in Preussen der Öffentlichkeit eine "Berichtigung der Verordnung über die Neugliederung von Landkreisen" unterbreitet. Auf nicht weniger als vier Folioseiten korrigieren die Herren der "neuen Staatsführung" ihre erst kürzlich erschienene Verordnung zur Neugliederung der Landkreise. Die Berichtigung ist fast so umfangreich wie die Verordnung, die von ihr betroffen wird. Es handelt sich in der Hauptsache um Grenzänderungen und Grenzberichtigungen. Sie wurden notwendig, weil die erste Verordnung nicht mit der erforderlichen Gründlichkeit fertiggestellt und von oben dekretiert wurde. Die Fixigkeit, mit der das Papen-System auch bei der Neugliederung der Landkreise zu glänzen suchte, ging wie so oft bei diesem System, wieder auf Kosten der Korrektheit.

"Neue Staatsführung".....

SPD. London, 28.September (Eig.Drahtb.)

Am Mittwoch haben Lord Snowden (Lordsiegelbewahrer), Sir Herbert Samuel (Sicherheitsminister) und Sir A. Sinclair (Staatssekretär für Schottland) ihre Ministerämter zur Verfügung gestellt. Mit ihnen treten sieben Minister aus der Regierung aus, die nicht im Kabinett sitzen.

Snowden hat in einem scharfen Brief an den Premierminister die Gründe für seinen Rücktritt dargelegt. Er erklärt, dass von dem Augenblick an, an dem er über die Vereinbarungen von Ottawa unterrichtet worden sei, sein Entschluss zum Rücktritt festgestanden habe. Die Abmachungen der Empirekonferenz raubten dem englischen Parlament auf Jahre hinaus die Souveränität über gewisse Zollfestsetzungen. MacDonald sei entgegen seinen Versprechungen vor einem Jahre völlig in das Schlepptau der Konservativen geraten. Die liberalen Minister erklären ebenfalls schriftlich, man hätte mit der Festlegung der Vereinbarungen von Ottawa mindestens bis nach der Weltwirtschaftskonferenz warten müssen. Die liberalen Mitglieder der Regierung hätten immer wieder ihre Wünsche und Anschauungen hinter den Gedanken der nationalen Regierung zurückgestellt. Sie hätten gedacht, dass es nicht unbillig sei zu erwarten, wenn nun die Konservativen im Interesse derselben Sache zum erstenmal ein Opfer brachten. Da die Konservativen sich dazu aber nicht hätten verstehen können, bleibe kein anderer Weg als der Rücktritt. Die Gruppe Samuel werde die Regierung jedoch weiter unterstützen bei der Fortführung der bisherigen Indienpolitik.

gegenüber dem Völkerbund und in Ausführung des Paktes von Paris.

Wer die Nachfolge der zurückgetretenen Minister antreten wird, steht noch nicht fest. Der in dem Kabinett verbleibende liberale Splitter um Simon manövriert um die Stärkung seiner Stellung innerhalb der Regierung. Wahrscheinlich aber wird die Regierung MacDonald jetzt noch stärker als bisher unter konservativen Einfluss geraten.

SPD. Brüssel, 28.September (Eig.Dr.)

Die elektrische Kraftzentrale der Stadt Brüssel wurde am Mittwoch Nachmittag durch eine Feuersbrunst zerstört. Die mit elektrischer Kraft betriebenen Industrie- und sonstigen Betriebe standen plötzlich still. Die Zeitungen konnten nicht weiter arbeiten, da die elektrische Kraft der Setzersäle und der Maschinen versagte. Mit einer einzigen Ausnahme konnten die Abendzeitungen nicht erscheinen. Die elektrischen Strassenbahnen erlitten jedoch keine Unterbrechung, da sie eine eigene elektrische Zentrale haben.

Die Nachricht von dem Feuer und von dem Versagen der elektrischen Leitungen verbreitete sich in der Stadt äusserst schnell. Tausende von Menschen strömten zur Brandstätte, andere deckten sich eiligst mit Kerzen und Oellampen ein. An der Brandstätte selbst hatte inzwischen die Feuerwehr eingegriffen um den Brand zu lokalisieren. Die Zerstörung der Kraftzentrale konnte sie jedoch nicht mehr verhindern. Menschenleben kamen nicht zu Schaden. Zwei Arbeiter wurden jedoch von den niederstürzenden Balken schwer verletzt.

Das Unglück soll auf die Explosion einer Turbine zurückzuführen sein. Auf diese Weise geriet ein in der Nähe stehender Oelbehälter in Brand. Mit Blitzesschnelle stand das ganze Gebälk und das Dach in Flammen. Wenn nicht die Schalteinrichtungen, die die Verbindung mit zwei elektrischen Zentralen der Umgebung von Brüssel sichern, vom Brand verschont geblieben wären, so wäre Brüssel die ganze Nacht über in Dunkel gehüllt gewesen. So konnten gegen 19 Uhr die Betriebe, Strassen und Häuser wieder mit Licht versorgt werden.

SPD. Amsterdam, 28.Sept. (Eig.Drahtb.)

Die holländische Gemüsebauern-Vereinigung steht im Begriff gegen die deutschen handelspolitischen Massnahmen eine umfassende Aktion einzuleiten. In einem Aufruf der Vereinigung heisst es, dass nunmehr in Holland keine Schaufeld eutscher Kohle mehr verwendet werdendürfe. Wenn Deutschland seine Taktik nicht ändere, werde die ganze niederländische Landwirtschaft und der Gartenbau den Kampf gegen die deutschen Industrieerzeugnisse aufnehmen. Die holländischen Grenzen müssten für deutschen Kunstdünger, für landwirtschaftliche und Gartenbau-Maschinen, für Kessel und Röhren, für Textilwaren und Haushaltsartikel aus Deutschland gesperrt werden. Geschäftsleute, die solche Waren verkauften, müssten gemieden werden.

SPD. Genf, 28.September (Eig.Drahtb.)

Der deutsche Aussenminister hat Genf am Mittwoch-Abend nach wiederholten telefonischen Besprechungen mit Berlin verlassen, trotzdem ihm bekannt war, dass Herriot in der Donnerstag-Sitzung der Vollversammlung des Völkerbundes sprechen wird. Angeblich wird Herr von Neurath für die bevorstehende Kabinettssitzung dringend benötigt. Seine Genfer Vertretung hat der frühere Reichsaussenminister von Rosenberg, gerade kein diplomatisches Genie, übernommen.

Die Abreise des Aussenministers vor der Generaldebatte hat bei den übrigen Delegationen stärkstes Befremden hervorgerufen. Von französischer

Seite wird darauf aufmerksam gemacht, dass der deutschen Delegation die bevorstehende Rede Herriots ausführlich mitgeteilt worden sei. Es hätte sich nach dieser Rede vielleicht eine Möglichkeit zu einer ersten persönlichen Verhandlung zwischen Herriot und Neurath geboten.

Der Präsident der Abrüstungskonferenz Arthur Henderson ist am Mittwoch-Abend nach London abgereist. Im Laufe des Tages hatte er wieder Besprechungen mit Neurath, Aloisi-Italien, Hymans-Belgien, Madariaga-Spanien und mit Benesch, dem Wortführer der Kleinen Entente. In einem Kommuniqué erklärt Henderson, er hoffe, dass vor seiner Rückkehr zur nächsten Bürositzung am 10.Oktober hinreichende Fortschritte gemacht sein würden, die ihm gestatten könnten dem Büro in seiner ersten Sitzung einen Bericht vorzulegen und die Prozedur für die Behandlung der Sicherheit und Gleichberechtigung aufzustellen. Diese Äusserung wird dahin ausgelegt, dass zwischen England, Frankreich und Italien ein gemeinsamer Plan vorbereitet werde, in dem Abrüstung und Anerkennung der Gleichberechtigung schrittweise in ein festes Verhältnis zum Wachsen der Sicherheitsorganisation gebracht werden sollen. Dieser Vorschlag soll der Papen-Regierung bald übermittelt werden.

SPD. Im Hauptausschuss des preussischen Landtags wurde ein nationalsozialistischer Antrag, den "Deutschen Freidenkerverband" zu verbieten, mit 9 gegen 7 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen. Die meisten Kommunisten fehlten bei der Abstimmung.

Die Deutschnationalen unterstützten den Antrag mit der Begründung, mit seiner klugen Zurückhaltung sei der "Freidenker-Verband" viel gefährlicher als die Gottlosen-Organisationen der Kommunisten. Das preussische Kultusministerium liess erklären, die Regierung sehe keinen Anlass zu einem Verbot und einzelne Verstösse von Mitgliedern oder Ortsgruppen könnten dem Gesamtverband nicht zur Last gelegt werden.

Beachtenswert war die Haltung des Zentrums. Seine Sprecher mahnten zur Toleranz, und ein Zentrumsgeistlicher fügte hinzu, dass der Staat keinesfalls das geeignete Instrument sei, dem Menschen die Gläubigkeit zwangsweise beizubringen. Er habe nur die Pflicht, Auswüchse in der Propaganda zu bekämpfen. Sollte später wirklich einmal die Kirche terrorisiert werden, so wolle er lieber unter dem Terror leiden, als jetzt sein Gewissen durch Intoleranz belasten

An der Abstimmung beteiligte sich das Zentrum nicht.

SPD. Weissenfels, 28.September (Eig.Dr.

Die Weissenfelser Schuhfabrikanten haben, da die Streikenden am Mittwoch die Arbeit nicht wieder aufgenommen haben - in keinem der fünf bestreikten Betriebe hatte das Unternehmerdiktat Erfolg - die Gesamtaussperrung beschlösse In allen Fabriken sind die Kündigungen durch Anschlag ausgesprochen worden. Falls es nicht gelingt, den Konflikt während der Kündigungsfrist, die zwei Wochen umfasst, beizulegen, werden 2000 Schuharbeiter am eigenen Leib erfahren müssen, wie man unter dem Papensystem die Wirtschaft ankurbelt.

SPD. Genf, 28.September (Eig.Drahtb.)

In der vierten Kommission der Völkerbundsvollversammlung erfuhr man am Mittwoch nähere Einzelheiten über die ausserordentlich schwierige Finanzlage des Völkerbundes.

Die Bundesbeiträge gehen immer langsamer ein. Am 31.Dezember 1931 betrüge die rückständigen Beiträge 19 Millionen Franken oder 30 Prozent der Gesamt-

eingänge. Der verfügbare Kassenbestand betrug zu diesem Zeitpunkt nach Abzug der laufenden Ausgaben 82 000 Franken für das Sekretariat, 31 000 Franken für den Internationalen Gerichtshof und Null für das Internationale Arbeitsamt. Das für 1931 zu deckende Defizit beträgt trotz aller Einsparungen 432 000 Franken. Am 19.September 1932 waren erst 64 Prozent der Beiträge eingezahlt. Vier Millionen Franken konnten inzwischen eingepsart werden, weil die Abrüstungskonferenz nicht so viel kostete als veranschlagt worden war. Da höchstens mit 5 Prozent weiteren Einsparungen zu rechnen ist, dürfte die Kasse des Völkerbundes Ende des Jahres ohne Geldmittel sein, falls bis dahin nicht die rückständigen Zahlungen eingehen.

SPD. Der Reichsminister des Innern hat durch Verordnung bestimmt, dass die Stimmlisten und Stimmkarten vom 16. bis 23.Oktober auszulegeu sind. Auf den grossen Bahnhöfen und Uebergangsstationen sowie den grossen Seeschiffen wird, wie bei der letzten Reichstagswahl, Gelegenheit zur Stimmabgabe geboten werden. Die Landesregierungen sind durch Rundschreiben gebeten worden, alle Massnahmen zur Durchführung der Reichstagswahl in die Wege zu leiten und die Gemeinde- und Verwaltungsbehörden mit entsprechender Weisung zu versehen.

SPD. Liegnitz, 28.September (Eig.Dr.)

Das hiesige Sondergericht verurteilte den Zimmermann Oskar Kassner aus Rothbrünnig Kreis Goldberg-Haynau und den Ackerkutscher Paul Bobles aus Hohendorf zu je einem Jahre Zuchthaus, den Melker Ernst Seidel aus Rothbrünning zu 1 Jahr 2 Monaten Zuchthaus und die Brüder Franz und Adolf Cierpka aus Rothbrünning zu je 1 Jahr 1 Monat Zuchthaus. Allen Angeklagten wurden die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von zwei Jahren aberkannt.

Die verurteilten Arbeiter sind Kommunisten und warendes Hausfriedensbruchs und der schweren Körperverletzung angeklagt. Sie hatten in der Nacht zum 22. August an einem Erntefest im Gasthaus zur Hedwigskapelle in Kosendau Kreis Goldberg-Haynau teilgenommen und im Laufe des Abends verschiedentlich Nazis angerempelt und beschimpft. Es wurde ihnen deshalb wiederholt das Lokal verboten. Später fielen sie über einen SS-Mann her und misshandelten ihn. Da aber rechtzeitig Landjägerei eintraf, trug der Hitlerianer nur geringe Kratzwunden davon. Trotzdem dieses Urteil! Es sind eben Kommunisten.....

SPD. Am Mittwoch wurde vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte in einer Privatklage der Berliner Arzt Dr. Heimsoth, der Empfänger der bekannten Röhm-Briefe als Zeuge vernommen. Heimsoth bestätigte unter Eid, dass die seinerzeit auf Veranlassung der Münchener Staatsanwaltschaft bei ihm beschlagnahmten und später veröffentlichten Briefe von dem Hauptmann Röhm stammen. Heimsoth gab zugleich seiner Verwunderung darüber Ausdruck, dass auch nur einen Augenblick versucht worden ist, diese Briefe abzustreitenoder sie gar als Fälschung zu bezeichnen.

Bestritten hat die Echtheit der Briefe kein anderer als Röhm - bis er schliesslich nichts mehr bestreiten konnte...

SPD. Dresden, 28.September (Eig.Dr.)

Auf der Tagung des Vereins für Sozialpolitik, der am Mittwoch in Dresden zu seiner 66.Generalversammlung zusammentrat, ergriff auch der frühere Reichsarbeitsminister Wissell das Wort. Er wandte sich vor allem gegen Professor Sering, der versucht hatte, das Programm des Reichskanzlers von Papen zu verteidigen.

Wissell führte u.a. aus: Bleibe es bei der freien Wirtschaft, so würden bei der zukünftigen Rationalisierung, die auf Kosten der Gesellschaft vor sich gehe, wohl einzelne Unternehmen Gewinne erzielen können, nicht aber die Volkswirtschaft. Planmässigkeit in der Wirtschaft sei das Gebot der Stunde. Wissell forderte die Anwesenden auf, sich in die Lage eines Arbeitslosen oder eines noch Arbeitenden zu versetzen, der in Gefahr stehe, seine Arbeit zu verlieren. Müsse nicht die Arbeiterschaft zu der Erkenntnis kommen, dass eine Wirtschaft, die die Menschen verhungern lasse, doch unmöglich das Ideal einer Wirtschaft sein könne. Nach Professor Sering könnten vielleicht 2½ bis 3 Millionen Arbeitslose wieder in den Produktionsprozess eingereiht werden. Dann blieben 2½ bis 3½ Millionen übrig, die gar nicht wüssten, welchen Wert die Arbeit habe. Warum wolle man die technischen Hilfsmittel, die der Wirtschaft zur Verfügung stehen, nicht ausnutzen? Wer - so betonte Wissell - hat sich heute noch nicht zu der Erkenntnis durchgerungen, dass der Achtstundentag bereits eine viel zu lange Arbeitszeit ist, wenn man sämtlichen Arbeitslisen Arbeit geben will? Wenn die Gewerkschaften sich gegen den Papen-Plan wenden, so deshalb, weil die Arbeiter, also auch die noch im Produktionsprozess Stehenden, bereits an der untersten Grenze des Existenzminimums angelangt sind. Die Arbeiter wollen nicht bloss Objekt, sondern auch Subjekt der Wirtschaft sein.

SPD. New York, 28.September (Eig.Dr.)

In Havanna, der Bundeshauptstadt von Kuba, wurde der Präsident des Kubanischen Senats von bisher unbekannten Tätern erschossen. Die Regierung hat daraufhin über Havanna den Belagerungszustand verhängt, da weitere Attentate auf Politiker befürchtet werden.

SPD. Wie herrlich weit es die Papenregierung und die neue Staatsführung für deutsche Art und Kultur gebracht hat, das versetzt sogar ihre glühendsten Verehrern und Anhängern in Angstzustände und Verzweiflung. "Gefahr im Verzug!" ruft voll Schrecken am Mittwoch früh ein Leitartikel der Berliner schwerindustriellen "Deutschen Allgemeinen Zeitung".

Nicht mehr und nicht weniger wird in diesem Alarmruf den neuen Machthabern in Preussen und dem Reich vorgeworfen, als dass sie bis heute eine einzige Niete in den Kulturfragen gewesen seien. Nur beim Rundfunk habe das neue System eingegriffen. Aber wie? "Was bis heute vorliegt" heisst es wörtlich in der "D.A.Z.": "ist lediglich Wirrwarr, und dazu eine Zerstörung der guten, bereits bestehenden Einrichtungen, vor der man es mit der Angst kriegen kann.. Bei der Funkstunde geht alles durcheinander; aber auch die deutsche Welle, von der aus sinngemäss als von einem bereits seit Jahren im Sinn des Kommenden und Lebendigen wirkenden Institut man ausgehen konnte, ist heute mit in das Durcheinander hineingerissen und gelähmt!...

Durcheinander nicht nur im Rundfunk sondern überall - das ist das Kennzeichen der neuen Staatsführung!

SPD. Braunschweig, 28.Sept. (Eig.Dr.)

Die braunschweigischen Nationalsozialisten befürchten einen steilen Absturz ihrer Wahlziffern. Da ihnen bekannt ist, dass die Katastrophe umso grösser ist, je später die Wahl stattfindet, haben sie jetzt in Braunschweig einen Antrag auf Auflösung des Landtags gestellt. Neuwahlen sollen am 6.November stattfinden.

Die braunschweigische Sozialdemokratie lehnt den Antrag ab. Seine Ablehnung ist damit sicher, weil zu seiner Annahme eine Zweidrittel-Mehrheit erforderlich ist.

Berichtigung: In dem heutigen Leitartikel bitten wir, den Namen Landsgrün durch Landfried zu ersetzen.

Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Donnerstag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850;

Aus aller Welt

Frankreich vor der Krise?

Notizen von einer Herbstreise 1932 - Gespräche mit Bürgern, Bauern und Soldaten - Katzenjammer auf dem Montmatre.

SPD. In einem kleinen Städtchen in der Bretagne ging ich abends mit neugewonnenen französischen Freunden, braven Beamtenfamilien, im Garten des Bürgermeisterhauses spazieren. Die Franzosen lachen, erzählen und singen viel - zur Zeit übrigens ausschliesslich deutsche Tonfilmschlager... Plötzlich taucht aus dem Halbdunkel ein Geschützrohr auf. Eine Kanone aus dem letzten Krieg steht mitten auf dem gepflegten Rasen. Mit einem Schlag zerreisst die vergnügte Stimmung. Die Franzosen lachen verlegen: "Ach was, so eine alte Kanone, die kann ja doch nicht mehr schiessen..." Aber unmittelbar darauf folgt die Frage, die ich überall und immer in Frankreich hörte, und die den Franzosen mehr zu interessieren scheint als alles andere "Wie denkt man im Reich über den Krieg?"

Ein Elsässer, den ich unterwegs traf, kam gerade aus dem Militärdienst. Er erzählte von den Instruktionsstunden. "Wir haben Kanonen, Flugzeuge, Gase", hatte der Feldwebel immer wieder gesagt, "aber merkt euch: die Boches haben noch grössere Kanonen und Flugzeuge, noch stärkere Tanks und Flugzeuge, noch gefährlichere Gase..." Weiss man es drüben nicht besser? Oder gehört diese merkwürdige "Warnung" zum System des französischen Militarismus?

Der Franzose -das empfindet der Deutsche sofort - hat Angst. Beklemmende Angst davor, es könnte noch einmal so kommen wie vor achtzehn Jahren. Es ist nicht allein die Angst des friedliebenden französischen Bürgers vor dem Begriff Krieg - es ist auch die Angst des Kleinbürgers vor jedem umwälzenden Ereignis, das ihn aus der gewohnten Bahn werfen könnte. Ein solches Naturereignis ist auch - die Krise.

+

Man spricht in Frankreich viel von der Krise. Man glaubt, sie sei schon im Lande. Aber als ich gelegentlich die Zahl der deutschen Arbeitslosen nannte, gab es entsetzte Gesichter. Das also ist möglich? Das ist erst "Krise"?

Frankreich hat sich bisher verzweifelt zu wehren vermocht; die Preise werden künstlich weit über dem Weltmarktstandard gehalten. Frankreich ist heute eines der teuersten Länder. Aber es ist zu befürchten, dass dieser Zustand nicht von Dauer sein kann; dass es keine Macht der Welt gibt, die Frankreich von den Todeszuckungen des kapitalistischen Systems zu bewahren vermöchte; dass es nur eine Frage der Zeit ist, wann das Unheil den Rhein überschreiten wird!

Ich sprach mit einem Landarbeiter. Er kam gerade von seiner letzten Dienststelle bei einem Bauern in Lothringen. "Er hat mir meinen Lohn nicht auszahlen können. Er versprach, ihn mir zu schicken, wenn er seine letzte Kuh verkauft hat. Ich habe mehr Geld in der Tasche als er... Die französischen Bauern sind fürchterlich verschuldet. Die zwei letzten Jahre waren miserabel. Jetzt können sie weder Zinsen noch Schulden abzahlen. Das nächste Jahr wird furchtbar werden...."

+

Die Abneigung des Durchschnittsfranzosen, sich mehr als dringend nötig über die Dinge ausserhalb seines Landes zu informieren, ist schuld daran, wenn es für ihn ein desto böseres Erwachen geben wird. Vorläufig sieht noch

alles so schön ruhig und geordnet aus. Gewiss, es gibt eine Million Arbeitslose. Aber man spürt nicht viel von ihnen. Gewiss, fast die gesamte Industrie hat die Kurzwoche eingeführt; da die Arbeit nicht für alle reicht, wird sie eben gestreckt: mehr als fünf Tage in der Woche wird an kaum einer der grossen Produktionsstätten gearbeitet. Vielfach hat man sogar die Vier- und Dreitagewoche eingeführt. Die Millionenzahl dieser "heimlichen Arbeitslosen" nennt keine Statistik.

Aber das verminderte Einkommen der Massen beginnt, sich auf den gesamten Geldumlauf auszuwirken. Dazu kommt das Ausbleiben des gewohnten Fremdenstroms, das sich besonders in diesem Sommer zu einer Katastrophe für die Vergnügungsindustrie ausgewachsen hat. Auf dem Montmartre, dem Wallfahrtsort der Engländer und Amerikaner, gähnen die leeren Lokale um die Wette mit den unbeschäftigten Kellnern. Vor den offenen Kabaretts stehen die Pariser und hören sich über unbesetzte Tische hinweg gratis die Chansons an...

+

Unkenntnis über die wirklichen Verhältnisse im heutigen Deutschland ist überall anzutreffen. Dass der Franzose unser politisches Chaos nicht zu übersehen vermag, wird ihm niemand verübeln; aber auch über die Ausmasse der Wirtschaftskrise in Deutschland hat man drüben keinen Begriff. Das mag Einiges von der Einstellung der französischen Politik Deutschland gegenüber erklären. Man überschätzt die eigenen Sorgen und unterschätzt die des Nachbarn.

Ela.

\+ + +

Achtung Nazifunk! Die Funkhilfe, seinerzeit auf Initiative und unter starker Anteilnahme des Arbeiter-Radio-Bundes gegründet, wird vom 1. Oktober an unter der Bezeichnung "Störungsschutz" von der Reichspost übernommen. Statt der freiwillig arbeitenden Funkhelfer werden Beamte der Post die notwendigen Arbeiten ausführen. Gerade in diesem Zeitpunkt, da für die freiwilligen Helfer kaum noch etwas zu tun bleibt, tritt der Nazi-Funkverein mit einem neugegründeten "Reichsfunkschutz" auf dem Plan. Er verspricht: 1. "Praktische Funkhilfe", 2. "Abwehr marxistischer Störungsversuche" und 3. "Aetherwacht gegen die Einkreisung des deutschen Rundfunks". Was in der dritten Abteilung geschieht, wird nicht verraten. Aber auch die Benennungen der anderen Abteilungen sind nicht weniger schleierhaft. Denn was soll die "Aetherwacht", wenn gegen die angebliche Einkreisung des Rundfunks doch nur die Behörden Entscheidendes tun können? Was die Abwehr von Störungsversuchen, da zur lückenlosen Bewachung der Kabellinien die gesamte Polizei mitsamt der Reichswehr nicht ausreichen würde? Was soll die "praktische Funkhilfe", für die Nichtmitglieder einen Unkostenbeitrag zahlen müssen, wenn die Postbeamten, mit allen technischen Hilfsmitteln ausgerüstet, jedem Hörer kostenlos helfen? "Klar und deutlich erkennt man die Gemeinnützigkeit dieser Arbeitsgemeinschaft zur Entstörung des deutschen Rundfunks", behaupten die Nazis. Man kann aber nur erkennen, dass sie ihren Anhängern einreden wollen, sie hätten die Technik erfunden, mit Säcken unliebsame Wellen aus dem Aether abzufangen. Es sei denn, sie verbergen hinter den bombastischen Ankündigungen unrechtmässige Absichten.

\+ + +

Hochwasser. Die Gegend von Florenz wurde von Hochwasser heimgesucht; die Schnellzuglinie Florenz-Mailand musste wegen drohenden Brückeneinsturzes umgeleitet werden. Die Stadt Pistoia steht zum Teil unter Wasser. Am Bisenzo-Fluss ereigneten sich mehrere Dammbrüche.

\+ + +

Autotod im Rhein. In der Nähe von Mainz-Kastel fuhr in der Nacht zum Mittwoch der 32jährige Wilhelm Wissler aus Darmstadt -anscheinend reichlich angetrunken - mit seinem Auto in den Rhein. Wissler ertrank; der Wagen wurde mit einem Kran gehoben.

\+ + +

Emil Orlik +. Der Maler Emil Orlik ist in Berlin, acht Tage nach dem Tode seines Freundes Slevogt, im Alter von 62 Jahren gestorben. Ein Herzleiden machte seinem arbeitsreichen Leben, in dem der Verlust des Freundes einer der schwersten Schläge gewesen sein dürfte, rasch ein Ende. Die Freundschaft mit Slevogt hatte auch einen schönen äusserlichen Ausdruck gefunden: vor nicht allzu langer Zeit hat Orlik seinen Freund Slevogt gemalt. Im übrigen ähnelten sich beide darin,dass sie in ihrem graphischen Werk ihr Bestes gaben: erst vor kurzem erschienen Orliks Illustrationen zu Karl Zuckmayers "Affenhochzeit", ein Dokument der Lebensfreude und des Humors, ein Beweis höchsten Künstlertums.

\+ + +

200 Sturmtote! Bei der Wirbelsturmkatastrophe, durch die Portorico (östlichste Insel der grossen Antillen) heimgesucht wurde, sind etwa 200 Menschen ums Leben gekommen; ausserdem dürften etwa 1000 Personen verletzt worden sein. Die Telephon= und Telegraphenverbindungen sind in den am schwersten betroffenen Gebieten zum grössten Teil zerstört; da infolgedessen mit einer Anzahl von Dörfern im Innern der Insel keine Verbindung hergestellt werden kann, ist der tatsächliche Umfang der Katastrophe noch nicht zu übersehen. Die Städte, über die der Sturm seinen grauenvollen Weg nahm,bilden ein Chaos von Steinen; die Felder sind durchwühlt, ihre Früchte dem Boden entrissen und zerfetzt. Die gesamte Ernte ist vernichtet.

Die amerikanische Regierung hat eine grosse Hilfsaktion eingeleitet. Die dem Tode entronnenen Bewohner der Insel, die zurzeit noch unter freiem Himmel lagern,sollen mit Nahrungsmitteln, Kleidung und Medikamenten versehen werden.

\+ + +

Im Meer verschwunden! Die der griechischen Halbinsel Chalkidike vorgelagerte kleine Insel Amogiani ist während der griechischen Erdbebenkatastrophe vollständig im Meer verschwunden. Die Insel war von etwa 700 Personen besiedelt; es ist fraglich, ob sich alle rechtzeitig in Sicherheit bringen konnten. Insgesamt rechnet man damit,dass bei dem Erdbeben,das auch in der Gegend des Athosgebirges starke Verwüstungen anrichtete, etwa 10ooo Menschen obdachlos wurden.

\+ + +

Vatermord. In Kemnade (Weser) wurde ein Fischer von seinen beiden Söhnen im Streit erschlagen.

\+ + +

Die Liebe des Sohnes. Ein Landwirt in Krewitz (Ostpreussen) wurde wegen Brandstiftung zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Jetzt gestand die 75jährige Mutter des Bestraften ihre Täterschaft.

\+ + +

Reklame... Die Japaner bedienen sich seit je einer besonders bildkräftigen Sprache. Die Reklame macht natürlich keine Ausnahme. Eine Essig=Fabrik empfiehlt einen Essig, der schärfer sei "als die Zunge der bissigsten Schwiegermutter,die es überhaupt in der ganzen Welt gibt".

\+ + +

83 und 90! In Woolhope (England) heiratete ein 90jähriger Witwer eine 83jährige Witwe.

\+ + +

Das hat noch gefehlt! Ein New Yorker Boxlehrer hat als Spezialität "Boxunterricht für Damen" eingefphrt. Boxen ist nach seiner Meinung eine durchaus weibliche Tätigkeit.

Gewerkschaftliche Rundschau

Vor allem ratifizieren!

Zum Londoner Bergarbeiterkongress.

SPK. Die schönsten internationalen Uebereinkommen sind für die Katze wenn sie nicht ratifiziert werden. Nicht ohne Bitterkeit wurde dieser Tage im Anschluss an die Sonderkonferenz des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes zur Einführung der Vierzigstundenwoche, von neuem in der Arbeiterpresse diese Feststellung gemacht. Dabei wurde vor allem auch auf das Uebereinkommen über die Arbeitszeit im Kohlenbergbau hingewiesen. Dieses Uebereinkommen ist bis jetzt nur von Spanien ratifiziert worden - ein Beweis, dass nur dort ein sozialpolitischer Fortschritt möglich ist, wo die Arbeiter etwas zu sagen haben, und dass ein internationaler sozialpolitischer Fortschritt nur durch einen Vormarsch der Arbeiterinternationale herbeigeführt werden kann. Diese Erkenntnis - es ist keine neue Erkenntnis - aber es braucht ja nicht alles Gute neu zu sein - belebte auch den internationalen Kongress der Bergarbeiter, der vor kurzem in London getagt hat. Der Kongress zeigte, dass, wenn wirklich nur auf internationaler Basis sozialpolitische und sozialwirtschaftliche Fragen für die Arbeiterklasse ihre letzte nutzbare Regelung finden können, dies vor allem für die Bergarbeiter gilt.

Den besten Ausdruck fand diese Tatsache in dem Geschäftsbericht des Sekretärs der Bergarbeiterinternationale Delattre-Belgien. Sein Bericht gab Kenntnis von einer reichen internationalen Betätigung des ständigen Exekutivkomitees, dessen unermüdlichem Eifer es zu verdanken ist, dass gerade in den letzten beiden Jahren auch die Institutionen des Völkerbundes sich mit der Arbeitszeit des Bergbaus befassten. Ueber das Abkommen zur einheitlichen internationalen Regelung der Arbeitszeit, wie es auf der 15. Internationalen Arbeitszeitkonferenz in Genf zur Verabschiedung gelangte, wurden auf dem Londoner Kongress verschiedene Meinungen laut. Einzelne Delegierte glaubten aus der Tatsache, dass sich die Bergarbeiterinternationale für die Ratifizierung des Abkommens, das die Einführung eines 7 3/4 stündigen Arbeitstages vorschlägt, einsetzt, einen Widerspruch herauslesen zu können gegenüber dem zu einer allgemeinen Forderung erhobenen Verlangen der Arbeiterschaft nach der Vierzigstundenwoche bezw. der Fünftagewoche. Die Gesamtdebatte über diese Frage führte jedoch zu einer einheitlichen Auffassung, dass sich die einzelnen Landesorganisationen trotz allem für die Ratifizierung durch die einzelnen Länder einsetzen müssten, weil mit diesem Abkommen endlich einmal die lang erkämpfte Klärung des Begriffs einheitliche Auslegung des Begriffs: Arbeitszeit im Bergbau zustande gekommen sei, ohne die überhaupt nicht an eine internationale Regelung der Arbeitszeit gedacht werden könne. Die 7 3/4 stündige Arbeitszeit soll natürlich nach den Feststellungen des Kongresses unabhängig sein von der Zahl der Arbeitsgage in der Woche, d.h. nicht gegen das Prinzip der Vierzigstundenwoche verstossen. Im übrigen wird das Abkommen nur als eine erste Basis betrachtet, auf der weiter gearbeitet werden muss, und deshalb werden sich die Bergarbeiter Europas dafür einsetzen, dass alle Regierungen die Ratifizierung vornehmen.

Die Bemühungen der Bergarbeiterinternationale greifen selbstverständlich über die Arbeitszeit hinaus. Sie wollen Regierung und Unternehmer be-

wegen, auch internationale Vereinbarungen über die Kohlenproduktion, über die Markteinteilung, Ein- und Ausfuhr sowie über die Lohn- und Arbeitsbedingungen schaffen. Zur Förderung dieser Bemühungen wurde in London die Schaffung einer statistischen Abteilung beim Völkerbund gefordert, wofür zum Teil die vom Bergarbeiterexekutivkomitee veranlassten Erhebungen über die Arbeitszeit und Lohnverhältnisse im Bergbau bereits vorgearbeitet haben. Der Kongress erwartet Unterstützung vom Internationalen Arbeitsamt und vor allem von seinem neuen Leiter Herrn Butler. Er hofft, dass der Vertreter des Internationalen Arbeitsamtes auf dem Londoner Kongress Recht behält mit seiner Versicherung, der Nachfolger von Albert Thomas werde immer ein offenes Ohr für die Bergarbeiter haben und für deren Schutz bereit sein.

Internationale sozialpolitische Arbeit hat zur Voraussetzung die Erhaltung des Friedens. Kein Wunder also, wenn auch der Londoner Kongress zu dem neuen Kampf um den Frieden Stellung nahm, über den der Franzose Vigne Bericht erstattete. Die deutsche Delegation benutzte die Gelegenheit, um ihren Standpunkt zur Frage der wehrpolitischen Freiheit Deutschlands darzulegen. Die deutschen Vertreter bejahten die Forderung nach Freiheit, weil die bestehenden Kontrollbestimmungen die Republik zu diffamieren geeignet seien und dem Nationalismus ein billiges Agitationsfeld böten. Freiheit - jawohl; aber Freiheit in der Wirkung einer gleichverpflichtenden Abrüstung aller, ohne Unterschied von Staat und Nation. Der gesamte Kongress erklärte sich damit einverstanden. Damit seine Forderungen in der Friedensfrage wie in den grossen wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen des Bergbaus in der Oeffentlichkeit bessere Beachtung finden, beschloss der Kongress, am 4. Dezember in allen Ländern und Bergbaugebieten grosse Massenversammlungen abzuhalten.

SPD. Die einstweilige Verfügung, die die Weissenfelser Schuhfabrikanten gegen den Streik in ihren Schuhfabriken beim Amtsgericht erwirkt haben, ist ein unmöglicher Uebergriff, der so schnell wie möglich wieder gut gemacht werden muss. Ein Amtsgericht ist wohl kaum kompetent für den Arbeitskonflikt, wie er infolge der Notverordnung in zahlreichen Betrieben und so auch in den Weissenfelser Schuhfabriken entstanden ist. Einstweilen steht in diesem Konflikt Meinung gegen Meinung. Ohne Zweifel haben aber die Gewerkschaften in dem dem Konflikt zugrunde liegenden Rechtsproblem die besseren Gründe auf ihrer Seite. Die Logik ihrer Beweisführung ist zwingend, und überdies können die Gewerkschaften sich auch mit Fug und Recht auf die Auffassung fast aller führender Arbeitsrechtler berufen. Diese Sachlage hätte unter allen Umständen ein Amtsgericht veranlassen müssen, sich zurückzuhalten.

Gegen den Einheitsbefehl ist selbstverständlich sofort von Arbeitnehmerseite Beschwerde erhoben worden. Sie kommt anfangs der kommenden Woche zur Verhandlung. Ihr Ziel ist die sofortige Zurückziehung des Einheitsbefehls.

SPD. Die Scharfmacher fordern ein Streikverbot. Vertreter einiger Arbeitgeberverbände haben, wie von unterrichteter Seite mit grosser Bestimmtheit versichert wird, bei massgebenden Stellen der Reichsregierung gefordert, dass gegen die im Zusammenhang mit der Notverordnung in verschiedenen Betrieben aufgetretenen Streiks mit einem Verbot vorgegangen werde. Im Reichsarbeitsministerium erklärt man, dass von solchen Forderungen nichts bekannt sei. Das mag für das Arbeitsministerium zutreffen; denn die Scharfmacher werden sich natürlich gleich an die richtige Adresse wenden und nicht erst Umwege machen. Jedenfalls hört man davon, dass im Kabinett einige Minister

für ein Streikverbot seien.

Wer sich mit einem Streikverbit die Finger verbrennen will, mag es tun. Die Regierung könnte sich mit einem solchen Verbot, wenn sie eines Tages an ihrem Experiment zur Ankurbelung der Wirtschaft verzweifeln sollte, bestimmt nicht helfen. Oder will der Herrenklub den Kommunisten helfen? Möglich; denn er will ja keinen arbeitsfähigen Reichstag.

Dass im Unternehmerlage gewisse Elemente, die nichts anderes gelernt haben als befehlen und verbieten, und die sich unglücklicherweise nicht auf dem Kasernenhof, sondern in der Wirtschaft austoben, am liebsten alle Streiks verbieten möchten - wen will das wundern? Das Streikverbot soll zur Zerschlagung der Gewerkschaften führen, und das ist schon seit Jahren die grosse Sehnsucht der Herrschaften, die Deutschland "erneuern" wollen.

Die Streiks, die in den letzten Tagen da und dort ausgebrochen sind, stellen nichts anderes dar als Notwehrakte. Soll nun der Arbeiter, den man mit weniger Groschen nach Hause schicken will, als der Wohlfahrtserwerbslose Unterstützung empfängt, durch ein Streikverbot gewaltsam zum Hungertod verurteilt werden? Die Streiks richten sich faktisch nur gegen die durch die Notverordnung verfügte weitere Verelendung der Lebenshaltung der Arbeiter. Hunger tut weh, und wenn übermorgen vielleicht irgendein Arbeitsgericht den Unternehmern in der Auslegung der Notverordnung recht geben sollte, dann würde davon der hungernde Arbeiter auch nicht satt. Im übrigen sind auch verschiedene Streiks nur infolge des unklaren Wortlauts der Notverordnung entstanden, der zum Teil die Unternehmer zu falschen Berechnungen und unbegründeten Massnahmen verleitet hat.

Auch die Regierung kennt wohl das bekannte Wort: allzu scharf macht schartig.

SPD. Am Mittwoch Abend fand in Berlin eine Betriebsversammlung der Commerz- und Privat-Bank-Angestellten statt, die sich zu einer wuchtigen Protestkundgebung gegen die Abbaupläne der Direktion gestaltete. Die Versammlung war überfüllt; viele Angestellten konnten keinen Einlass mehr finden.

Die Abbaupläne sind, wie in der einstimmig angenommenen Entschliessung der Betriebsversammlung hervorgehoben wird, völlig unverständlich. Die Banken haben in ihrem Wirtschaftsbericht selbst erklärt, dass "wir uns nicht nur in Deutschland, sondern überhaupt in der Welt dem Krisentale nähern oder es gar überschritten haben." Auch haben sie den Wirtschaftsankurbelungsversuch der Regierung begrüsst und ausdrücklich betont, "dass dabei eigene privategoistische Interessen der Unternehmer zurückgestellt werden müssen." Jetzt will die Direktion der Commerz- und Privat-Bank etwa 150 Angestellte auf die Strasse werfen! Die Angestellten fordern, dass die Direktion zunächst einmal das Ergebnis des Wirtschaftsprogramms der Reichsregierung abwartet und nicht durch Schaffung von Misstrauen den Ankurbelungsversuch sabotiert.

SPD. Der Arbeitgeberverband der Metallindustrie von Köln und Umgebung hat die zum 30. September ausgesprochene Kündigung des Lohnabkommens für die Kölner Metallindustrie zurückgenommen. Er erklärt, dass am 1. Oktober der bisherige Lohntarif weiter in Geltung bleibe. Anscheinend hofft er, schon durch die Anwendung der Lohn- und Arbeitszeitbestimmungen der Notverordnung ein Geschäft machen zu können.

Wirtschaft Technik Handel

Benzinpreise steigen.

Subventionen an die Ostelbier werden erhöht.

SPD. Trotz ihres Versprechens, die Preise vorerst nicht steigern zu wollen, hat die neu zusammengeschweisste Benzinkonvention in verschiedenen Gebieten Deutschlands Preissteigerungen diktiert. Das gilt für Städte in Westdeutschland und in Süddeutschland. Die angeordnete Benzinpreiserhöhung bewegt sich vorerst im Ausmass von 1 bis 2 Pfennigen pro Liter. Wir befürchten, dass die Benzinkonvention auch in anderen Gebieten Deutschlands mit Preissteigerungen vorgehen wird. Die Belastung der Kraftverkehrswirtschaft wächst. Wahrscheinlich werden über den Winter hunderttausende von Wagen aus dem Verkehr gezogen. Die Belastung ist eben untragbar. Aber das stört die Benzinkonvention sehr wenig in ihrer Preispolitik.

Auch von anderer Seite droht der Kraftverkehrswirtschaft eine neue Belastung. Wir meinen damit die Neufestsetzung des Brennrechts für die Kartoffelbrennereien. Beim Branntweinmonopolamt liegen nicht weniger als zwei Millionen Hektoliter Sprit auf Lager. Das bedeutet eine volle Jahresproduktion, die nicht abzusetzen ist. Trotzdem man förmlich in Spritus schwimmt, ist die Erzeugung, das sogenannte Brennrecht, von 70 auf 85 Prozent erhöht worden. Allerdings hat man diesmal den Preis, den das Spritmonopol an die landwirtschaftlichen Brennereien zu zahlen hat, im Durchschnitt des gesamten Jahresbrennrechtes etwas ermässigt. Jedoch ist eine Preisstaffelung vorgesehen, die nichts anderes darstellt als einen Anreiz für die Brennereien, das ihnen zugebilligte Kontingent voll auszunutzen. Die Spritproduktion wird also weiter gesteigert. Damit erhöhen sich aber die Reichssubventionen an die grossagrarischen Kartoffelbrenner in Ostelbien um 25 Millionen Mark. Die Tendenz geht natürlich dahin, die Kraftverkehrswirtschaft auch mit diesen 25 Millionen Mark zu belasten.

Das geht schon daraus hervor, dass gleichzeitig mit der Verkündigung der neuen Uebernahmepreise die Voraussetzungen für den am 1. Oktober in Kraft tretenden 10-prozentigen Spritbeimengungszwang zum Benzin geschaffen worden sind. Die Kraftverkehrswirtschaft hat also die Lasten der Subventionen, die das Reich an die Grossagrier gibt, zu tragen. Der Beimengungszwang sollte einmal den Sinn haben, die Monopolverwaltung von den grossen, anderweitig nicht zu verwertenden Vorräten zu entlasten. Nun sitzt aber das Branntweinmonopol auf Riesenvorräten fest. Trotzdem wird die Produktion auf 85 Prozent erhöht. So verwandelt sich der Sinn des Beimengungszwanges immer mehr in Unsinn; denn die Erhöhung des Brennrechts muss ja zu einer weiteren Steigerung der Riesenvorräte führen. Nächstens werden wir also erleben, dass die Grossagrarier eine weitere Erhöhung des Beimengungszwanges fordern. Das ist die natürliche Folge der Erhöhung des Brennrechts. Schraube ohne Ende. Der Verbraucher hat aber zu zahlen.

Diesen "Wirtschaftspolitikern" ist es gleichgültig, ob durch die überhöhten Treibstoffpreise der Kraftverkehr gedrosselt wird oder nicht. Die "grundsätzlich neue Staatsführung", die die Regierung von Papen so pomphaft angekündigt hat, beeilt sich, die ältesten Ladenhüter grossagrarischer Interessenpolitik zu pflegen, wenn nur ein Vorteil für die privilegierte reaktionäre Kaste dabei herauskommt.

SPD. Als das Reich sich dazu entschliessen musste, das Bausparkassenwesen unter staatliche Aufsicht zu stellen, wurde von sozialdemokratischer und freigewerkschaftlicher Seite gefordert, dass das Bausparkassengesetz auch materiell bindende Vorschriften über die Sparbedingungen aufstellen sollte. Das wurde damals abgelehnt und man begnügte sich mit der Unterstellung der Bausparkassen unter das Reichsaufsichtsamt. Heute, kaum ein Jahr, nachdem das Aufsichtsamt seine Tätigkeit aufgenommen hat, sieht es sich bereits genötigt, die sozialdemokratischen Forderungen im Prinzip zu erfüllen. Es hat den Entwurf einer Mustersatzung ausgearbeitet, dessen Annahme als Bedingung für die Zulassung von Bausparkassen gedacht ist, Freilich bleibt auch dann noch die Lücke bestehen, dass die bereits zugelassenen Bausparkassen zur Annahme der Mustersatzung nicht gezwungen sind. Es ist aber zu hoffen, dass das Aufsichtsamt darauf drängt, dass auch diese Kassen die Mustersatzung annehmen.

Die Mustersatzung regelt sehr eingehend die Spar= und Darlehensbedingungen. Dabei sind vor allem folgende Vorschriften von grösserer Bedeutung: Die Bausparsumme darf nur zwischen 2 ooo und 50 ooo Mark liegen; damit werden Verträge mit grossen Unternehmungen und Organisationen ausgeschlossen, die in der Tat dem Wesen der Bausparkassen widersprechen. Der Bausparer erhält das Recht, jederzeit den Bausparvertrag tz kündigen, hat aber nur Anspruch darauf, sein Sparguthaben in Form einer lang laufenden Rente zurückzuerhalten. Es werden verschiedene Sparsysteme zugelassen, darunter leider auch das Wettsparen, das den kapitalstarken vor dem kapitalschwachen Sparer bevorzugt; es ist sehr bedauerlich, dass das Aufsichtsamt diese Konzession an den kapitalistischen Geist mancher Bausparkassen gemacht hat. Sofern zinslose Bausparsysteme zugelassen sind, ist die Kasse verpflichtet, die Sparer auch auf die Nachteile der Zinslosigkeit (keine Verzinsung der Bauspareinlagen) hinzuweisen; damit soll der Demagogie mancher Bausparkassen, die auf die Zugkraft der Nazi=Parole von der Brechung der Zinsknechtschaft spekulieren, gesteuert werden. Die Bestimmungen über die Wartezeit müssen eine Mindest= und eine Höchstwartezeit vorsehen und zwar gilt als Mindestwartezeit ein Jahr, als Höchstwartezeit will das Amt höchstens 20 bis 25 Jahre zulassen. Damit wird zwar mit dem Unfug der generationenlangen Höchstwartezeiten Schluss gemacht, aber die Aussicht, im ungünstigsten Falle 2 bis 2½ Jahrzehnte auf die Zuteilung warten zu müssen, wird für viele Sparer nicht allzu verlockend sein. Wichtig ist auch die Verpflichtung, einen Teil des Reingewinns zur Ansammlung einer Gewinnreserve für die Bausparer abzuzweigen. Unter den Darlehensbedingungen ist die Vorschrift wichtig, dass die Bauten der Sparer nur bis 80 Prozent der gesamten Gestehungskosten beliehen werden dürfen und zwar nur an erster Stelle. Man will die Bausparkassen so zu etwas grösserer Solidität in der Anlage der Spareinlagen zwingen, als bisher üblich war.

Die Verbände der Bausparkassen hätten eigentlich darüber erfreut sein müssen, dass endlich zwingende Vorschriften erlassen werden, die die unlautere oder zweifelhafte Konkurrenz unter den Bausparkassen ausschliessen sollen. Statt dessen bildete sich eine Einheitsfront der Verbände, die gegen das Verhalten des Aufsichtsamts Beschwerde erhob. Soweit sich die Beschwerde dagegen richtet, dass der Beirat beim Aufsichtsamt nicht gehört worden sei, wäre sie berechtigt; denn ein solches Verhalten des Amts würde dem Sinn des Bausparkassengesetzes nicht entsprechen. Materiell scheint der Widerstand der Bausparverbände hauptsächlich gegen die Bestimmung gerichtet zu sein, dass die Beleihung der Bauten erststellig sein muss. Darüber liesse sich aber wohl eine Einigung erzielen, wobei natürlich am Höchstsatz der Beleihung festgehalten werden muss. Im allgemeinen kann man feststellen, dass die neuen Vorschriften des Reichsaufsichtsamts einen weiteren Schritt auf dem Wege der Reinigung des Bausparkassenwesens von den bedenklichen Auswüchsen darstellen, mit denen diese Zwecksparbewegung behaftet war.

SPD. Die Reichsregierung hat am Mittwoch die Durchführungsbestimmungen zur Steuergutscheinverordnung veröffentlicht.

Steuergutscheine werden für die Zahlung von Umsatz=, Gewerbe=, Grund= und Beförderungssteuern gewährt. Voraussetzung ist, dass es sich um Steuern handelt, die in der Zeit vom 1.Oktober 1932 bis zum 30.September 1933 fällig und tatsächlich entrichtet werden. Anspruch auf Steuergutscheine haben nur solche Personen, die ihren Wohnsitz in Deutschland haben. Bei der Beförderungssteuer werden Steuergutscheine in voller Höhe gewährt, bei den übrigen Steuerarten nur in Höhe von 40 Prozent. Hinsichtlich der Gewährung von Steuergutscheinen wird für die Landwirtschaft und die Forstwirtschaft eine Ausnahme gemacht. Diese Wirtschaftszweige erhalten auch dann die Vergütung, wenn sie sich Steuern über den 30.September 1933 haben stunden lassen; sie sollen aber bis zum 31.Dezember die Steuern entrichten.

. Steuergutscheine für Mehrbeschäftigung werden nicht nur ausgegeben, wenn die Arbeit vermehrt wird und deshalb mehr Arbeitnehmer beschäftigt werden, sondern auch im Falle der Arbeitsstreckung und wenn die vorhandene Arbeit auf eine grössere Anzahl von Arbeitnehmern verteilt wird. Die Mehrbeschäftigung wird so errechnet, dass die Durchschnittszahl der im Kalendervierteljahr beschäftigten Arbeitnehmer mit der Durchschnittszahl eines früheren Vierteljahres verglichen wird. Als Vergleichszeitraum gelten grundsätzlich die Monate Juni, Juli und August 1932. Bei Saison= und Kampagnebetrieben gilt als Vergleichzeitraum das entsprechende Kalendervierteljahr des Vorjahres. Um der Schrumpfung der Wirtschaft Rechnung zu tragen, werden aber in diesen Fällen nur 90 % der Arbeitnehmer des Vergleichszeitraumes der Berechnung zugrunde gelegt. Nicht mit gezählt werden bestimmte Personengruppen, u.a. Ehegatten, nahe Verwandte, Hausgewerbetreibende, unständige Beschäftigte, Angestellte mit einem Jahresverdienst von über 8 400 Mark. Lehrlinge und Volontäre. Mehrbeschäftigte Arbeitnehmer sind dann nicht mit zu zählen, wenn sie nicht mindestens 40 Stunden in der Woche beschäftigt werden. Nur wenn die durchschnittliche Arbeitszeit des Betriebes kürzer ist, genügt auch diese Zeit; sie darf jedoch 24 Stunden in der Woche nicht unterschreiten. Ferner muss der Lohn der eingestellten Arbeitnehmer, wenn sie angerechnet werden sollen, dem für den Betrieb geltenden Tariflohn oder, wenn ein solcher nicht vorhanden ist, dem Ortslohn mindestens entsprechen.

Die Entschädigung beläuft sich grundsätzlich auf 100 Mark pro mehrbeschäftigten Arbeitnehmer. Wird durch die Mehrbeschäftigung die Belegschaft mehr als verdoppelt, so vermindert sich der Steuergutscheinbetrag bei den Unternehmen mit mehr als 50 Arbeitnehmern für die Mehrbeschäftigung, die über die Verdoppelung hinausgeht, auf 50 Mark. Der Steuergutscheinbetrag darf 50 % des durchschnittlichen Entgelts nicht übersteigen, das auf einen Arbeitnehmer des Betriebes in einem Vierteljahr der Mehrbeschäftigung entfällt.

Der Antrag für Steuergutscheine muss innerhalb eines Monats nach Ablauf des Kalendervierteljahres gestellt werden, in das die Mehrbeschäftigung der Arbeitnehmer fällt. Erstmalig können Anträge bei den Finanzämtern im Januar 1933 gestellt werden.

Für Hintergehung der Bestimmung sind Bestrafungen u.a. wegen Betrugs bezw. Steuerhinterziehung vorgesehen.

Die Frage, wer Steuergutscheine für Mehrbeschäftigte erhält, ist dahin beantwortet, "dass alle Betriebe mit wirtschaftlichen Zwecken, insbesondere gewerbliche und landwirtschaftliche Betriebe, soweit der Betrieb im Inland ausgeübt und die Arbeitnehmer ausschliesslich oder überwiegend im Inlande beschäftigt werden", in Frage kommen. Auch Personen, die eine freie oder ähnliche selbständige Berufstätigkeit ausüben, haben Anspruch auf Steuergutscheine, wenn ihre Tätigkeit als Gewerbe gilt. "Sämtliche Betriebe desselben Unternehmers" werden für die Berechnung der Mehrbeschäftigung zusammengefasst. Für Mehrbeschäftigung in Betrieben der öffentlichen Hand

werden bis auf weiteres Steuergutscheine nicht gewährt. Die Reichsregierung hat sich hier eine Nachprüfung vorbehalten. Auch Unternehmen, die nach dem 1.September 1932 neu errichtet werden, sind ausgeschlossen, ebenfalls Unternehmen, die nach einer Stillegung von mehr als 4 Wochen wieder eröffnet worden sind oder werden. Hier können Ausnahmen gemacht werden, wenn das Unternehmen nach dem 30.September 1931 stillgelegt worden ist.

SPD. Die preussische Regierung hat am Mittwoch die erwartete Durchführungsnotverordnung erlassen, wonach für Gemeinden und Gemeindeverbände, insbesondere für die Städte Frankfurt am Main und Köln, deren kurzfristige Schuldverschreibungen am 1.Oktober 1932 zur Einlösung fällig werden, nunmehr die Möglichkeit eröffnet ist, mit den Gläubigern der Schuldverschreibungen wegen einer etwaigen Stundung in Verhandlung zu treten. Das Staatsministerium hat zugleich, um diese Verhandlungen nicht durch das Fälligwerden der Schatzanweisungen zu stören, mit der genannten Verordnung auf Grund der in der Verordnung des Reichspräsidenten ergebenen Ermächtigung die zuständigen Regierungspräsidenten ermächtigt, anzuordnen, dass die Verpflichtungen zur Einlösung der am 1.Oktober 1932 fällig werdenden Schatzanweisungen der Städte Frankfurt a.M. und Köln bis zum 31.Dezember 1932 gestundet werden. Die Regierungspräsidenten werden von dieser Ermächtigung Gebrauch machen und noch vor dem 1.Oktober 1932 die Stundung anordnen.

SPD. Die Verhandlungen über die Abwrackaktion, die nichts anderes ist als eine riesige Subvention an die grossen Reedereien und Werften, sind zum Abschluss gekommen. Dem Reich kostet die Aktion vorerst einen Zuschuss von 12 Millionen Mark, die im nächsten Etat eingestellt werden sollen. Vorläufig wird die Subvention auf die Reichsbank abgewälzt, die zugesagt hat, die Abwrackwechsel zu diskontieren. Die subventionierten Reedereien sind vorläufig von der Rückzahlungspflicht entbunden. Die Rückzahlungspflicht soll erst dann eintreten, wenn die Reedereien bei normaler Abschreibung und Auffüllung ihrer Reserven Reingewinne erzielen. Mit der Durchführung der Abwrackaktion wird etwa 1/10 der deutschen Handelsflotte verschwinden und zwar 49 Schiffe mit 275 ooo Tonnen bei den Grossreedereien und 59 Schiffe mit 125 ooo Tonnen bei der übrigen Schiffahrt. Ueber die Verwertung des Schrottes, der in Höhe von 240 ooo Tonnen anfallen wird, sind entsprechende Vereinbarungen mit dem Schrotthandel getroffen worden.

Ueber die ganze Aktion ist abschliessend zu sagen, dass das Reich hier Millionen auswirft, ohne dass die Frage der Uebersetzung in der Schiffahrt gelöst wird.

SPD. In Berlin hat es eine neue Bankfusion gegeben und zwar wird das Bankhaus E.J. Meyer die Schwarz, Goldtschmidt & Co. aufnehmen. Beide Banken waren besonders im Effektengeschäft tätig. Das neue Institut soll sich vor allem ebenfalls im Effektengeschäftigt versuchen. Grosse Bedeutung haben beide Institute schon seit längerer Zeit nicht mehr gehabt. Ob es den neuen Leitern gelingen wird, dem Unternehmen wieder Blut einzuflössen, muss man abwarten. Ueber die Dresdener Bank, die vom Reich kontrolliert wird, ist das Reich an der neuen Bankfusion beteiligt. Die Schwarz, Goldschmidt & Co. gehörte zum Interessenkreis der Danatbank. Mit der Danatbank kam das Unternehmen an die Dresdener Bank. Die Kommanditeinlage bei der Schwarz, Goldtschmidt & Co.

in Höhe von 3 Millionen Mark dürfte schon während der Bankenkrise im vorigen Jahr verloren gegangen sein. Ausserdem dürfte Schwarz,Goldtschmidt noch sonstige Zuschüsse gekostet haben.

Flaute.

(Berliner Getreidebörse vom 28.Sept.)

SPD. Die Stimmung an der Berliner Produktenbörse war am Mittwoch ausgesprochen flau. Das Angebot an Weizen hatte sich stark vermehrt,während auf der anderen Seite die Kauflust der Mühlen sich in engsten Grenzen hielt. Die Kurse wurden für prompten Weizen um 4 Mark herabgesetzt,während Weizen am Markte der Zeitgeschäfte 2 bis 3 Mark verlor. Im Roggengeschäft standen gleichfalls grosse Mengen zur Verfügung, ohne dass die Mühlen sie infolge des schleppenden Mehlabsatzes abzunehmen vermochten. Die Stützung wurde zwar fortgesetzt, jedoch anscheinend nicht mehr in dem bisherigen Umfange. Dementsprechend gingen auch hier die Preise für prompten Roggen um 1 Mark zurück,während am Markte der Zeitgeschäfte 1 bis 2 Mark verloren gingen. Am Mehlmarkt hatten die Mühlen ihre Offerten um 25 Pfennig,teilweise auch um 50 Pfennig je Sack ermässigt. Trotzdem gestaltete sich das Geschäft sehr schwierig. Hafer hatte sehr geringes Geschäft. Auch hier verhielten sich die Käufer abwartend, während Material zu nachgebenden Preisen in ausreichenden Mengen zur Verfügung stand.

	27.9.	28.9.
	(ab märkische Station in Mk.)	
Weizen	209 - 211	205 - 207
Roggen	158 - 160	157 - 159
Braugerste	174 - 184	174 - 184
Futter= und Industriegerste	167 - 173	167 - 173
Hafer	135 - 140	134 - 139
Weizenmehl	25,50 - 29,50	25,50 - 29,25
Roggenmehl	20,90 - 23,30	20,75 - 23,20
Weizenkleie	9,70 - 10,10	9,70 - 10,10
Roggenkleie	8,50 - 8,90	8,50 - 8,90

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen September 216 - 216¼ Brief (Vortag 219), Oktober 217 (219½), Dezember 218 - 218¼ (220), März 222½ (224½), Roggen September 169¼ (170), Oktober 166½ - 167 (168⅝), Dezember 169 - 168¾ (170½), März 172 - 171¾ Brief (173).Hafer September 146½ (146½) Oktober - 141½ (142½), Dezember - (142½), März - (147½).

SPD. Ueber den Abschluss der Gelsenkirchener Bergwerks A.G.,die durch die skandalöse Subvention des Reiches an die Schwerindustrie in den Besitz des Reiches übergegangen ist,erfährt man,dass immerhin ein Reingewinn erzielt werden konnte, der sich sehr wahrscheinlich um die Hälfte des vorjährigen Reingewinns bewegt. Die Abschreibungen werden auf über 13,2 Millionen Mark festgesetzt. Davon sind 7,5 Millionen Mark Sonderabschreibungen.

Nach der ganzen Fassung der Mitteilungen über den Gelsen-Abschluss kann die Oeffentlichkeit bei Gelsenkirchen noch mit unangenehmen Ueberraschungen rechnen.

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S·P·D

Berlin, den 28. September 1932.

Bootsfahrt im Gewitter.[x]

SPD. Träge zogen die grauen Wolken über den Strom. Zuweilen, wenn der böige Südwest, der den drohenden Regen in Schach hielt, sie für Sekunden auseinandertrieb, huschten die Sonnenstrahlen wie Kobolde über die zackigen Wellenkämme.

Das Wetter war nicht gut für eine Bootsfahrt, aber Hans, der zu Besuch gekommen war, musste sein Wort einlösen, denn die Kinder bestanden hartnäckig darauf.

Zum Leidwesen der beiden zwölfjährigen Knaben, die sich einbesonderes Vergnügen davon versprachen, ihre erwachsenen Schwestern auf dem Wasser einmal tüchtig durchzuschaukeln, konnten wir nicht gemeinsam fahren, weil das Boot sich für sechs Personen, als zu schwach erwies. Sie mussten sich auch nach langem Sträuben damit zufrieden geben, dass wir die Mädchen, die noch ins Dorf wollten, um Lebensmittel einzukaufen, für die erste Fahrt bevorzugten.

Hans holte Gaffeln und Riemen, und nachdem die jungen Mädchen unter allerlei Allotria und dem unvermeidlichen Lachen Platz genommen hatten, fuhren wir nach dem jenseitigen Ufer. Obwohl wir ablaufendes Wasser hatten, konnten wir doch noch eben den Weg über die grosse Sandbank nehmen, die bei tiefer Ebbe vollständig frei lag.

Die beiden Mädchen, die sich erst in den Ferien angefreundet hatten, erzählten sich im Flüsterton ihre Geheimnisse. Kam ein Schiff vorüber, so warfen sie den Schiffsleuten freigebig Kusshände zu. Zu ihrer Enttäuschung reagierten nicht alle auf diese Auszeichnung. Doch als ein lustiger Steuermann, dessen Pfeife mit dem Schornstein seines Dampfers um die Wette rauchte, die Mütze schwenkte und ihnen lachend zurief: "Fallt man nicht ins Wasser, ihr süssen Puppen", da fühlten sie sich sehr geschmeichelt.

Wir hielten uns drüben nicht allzu lange auf, weil die Rückfahrt, wie Hans uns versicherte und wir bald selbst erfahren sollten, bedeutend mehr Zeit und Mühe erforderte. Auch durften wir die Knaben nicht vergessen, die ja sehnsüchtig auf uns warteten.

Tatsächlich hatte Hans, der als "Fahrensmann" das Rudern besorgte, jetzt einen weit schwereren Stand. Die Strömung war hart, und wenn wir den Landungsplatz erreichen wollten, ohne vorher abzutreiben, so mussten wir etliche hundert Meter stromaufwärts fahren, bevor wir mit Erfolg kreuzen konnten.

Gewitterwolken türmten sich, und der stärker einsetzende Wind erschwerte nicht nur unsre Rückfahrt, sondern wühlte auch das Wasser bedenklich auf, sodass unser Boot, mehr als uns lieb war, zu schaukeln begann. Gleichwohl waren wir in der besten Stimmung und sangen nach Herzenslust.

Schwärzer wurde der Himmel, und das sich plötzlich entladende Gewitter überraschte uns mitten auf dem Strome. Wir versuchten aufs Geratewohl Land zu gewinnen, aber schon im nächsten Augenblick peitschte uns der Sturm die ersten übergrossen Regentropfen so scharf ins Gesicht, dass wir die Sicht verloren und unser Gesang jäh verstummte.

Blitz und Donner folgten hart auf hart, und ein wolkenbruchartiger Regen ging unbarmherzig auf uns hernieder. Wir trieften bald und hockten nun ein wenig verstimmt und fröstelnd auf unsern Plätzen. Pechschwarz war der zerrissene Wasserspiegel, von den zuckenden Blitzen sekundenweise in ein sprühendes Flammenmeer verwandelt, und unheimlich gurgelte es in der Tiefe. Unser Boot, das bereits Wasser hatte und ein Spielball der sich überstürzenden Wellen

war, neigte sich mitunter so bedenklich auf die Seite, dass es uns heiss und kalt überlief.

Unterdessen handhabte Hans, der mit dem Element besser vertraut war als wir und den Mut nicht verloren hatte, unentwegt die Riemen. "Es wird schon heller", sagte er und verstand es, uns durch ein Lächeln zu erheitern.

Tatsächlich lugte bald darauf die Sonne durch die zerklüfteten Wolken. Der Sturm flaute merklich ab, und die Gefahr des Kenterns war gebannt. Auch die Mädchen lachten wieder und waren nun stolz auf das Erlebnis. Und während sie unter fröhlichem Gesange abwechselnd das im Boot angesammelte Wasser ausschaufelten, tauschte ich vorsichtig mit Hans den Platz, um ihn abzulösen. Leider erwies sich jedoch mein Bemühen als Stümperei, die uns kaum eine Handbreit vorwärts brachte. Hans musste wieder einspringen, und nachdem wir noch einen zweiten Regenguss gelassen erduldet hatten, landeten wir glücklich an unserm Ausgangspunkt.

Die Knaben hatten unsre stürmische Fahrt von der hochliegenden Hütte aus beobachtet. Sie waren untröstlich, nicht mit dabei gewesen zu sein. Was galt ihnen Wind, Wetter und Gefahr!

Uns war indessen die Lust vergangen, noch ein zweites Mal hinauszufahren, und so beruhigten wir die Knaben mit einem Groschen und dem Versprechen, das Versäumte bei der ersten besten Gelegenheit nachzuholen.

Ernst Riediger (Hamburg).

Lyon-Marseille.[x]

SPD. Langsam rattert das gemütliche badische Bähnle die Schwarzwaldhöhen entlang. Hell leuchten die wogenden Getreidefelder, die roten Dächer der kleinen, sanften Dörfer und die Kopftücher der drallen Bauernmädels, die die ersten Korngarben zusammensetzen. Dahinter liegen schwarze Hügel, bepackt mit festen, hohen Tannen, die wie mahnender Ernst über der heiteren Landschaft liegen. Ein gesegnetes Land, in dem fröhliche Menschen gross werden. Und doch: ihre Heimat ist gefährliches Grenzgebiet geworden. Unheimlich nahe liegt das französische Elsass. Ein paar verschlafene Stationen hinter Appenweier kommt schon der Grenzort Kehl. Die wenigen Passagiere werden kontrolliert und vom deutschen Beamten besonders streng nach dem mitgenommenen Bargelde befragt.

Eine fürchterlich verbaute Brücke führt über den nun französischen Rhein hinüber nach Strassburg. Wenn man viele Stunden Aufenthalt hat, sucht man schnell die Sehenswürdigkeiten: das weltberühmte Münster und die eigentlich noch schönere Altstadt. Mehr noch aber profitiert man von einem planlosen Bummel, bei dem man die Menschen beobachten kann. Unwillkürlich wirft sich die Frage auf: französisches oder deutsches Wesen? Man versucht zu prüfen und zu erkunden. Äusserlich ist der französische Einschlag unverkennbar, dem wahrscheinlich von offizieller Seite kräftig nachgeholfen wird. Französische Beamte, Polizisten, die genau denen von Paris ähneln, und die fremden Aufschriften sind das, was immer zuerst auf den Ausländer wirkt, ohne jedoch mehr als eben die Auswirkung einer andern Staatsautorität zu sein. Dagegen könnten die bis auf die Strasse reichenden offenen Kaffeehäuser mit ihren lässigen Nichtstuern, die promenierenden Offiziere und die lebhaften, geschminkten Mädels ebenso irgendwo in der Champagne sein. Dazu wird von den Menschen auf der abendlichen Hauptstrasse überwiegend französisch gesprochen. Kommt man aber in die engen Gassen, in die Arbeiterviertel, so wähnt man sich nach Deutschland zurückversetzt. Grosse, starke Menschen unterhalten sich im alten Elsässer Dialekt; in den Kneipen spielen deutsche Kapellen, und wieder mal bewährt sich Brögers schöner Satz, dass Deutschlands ärmster Sohn auch sein getreuester sei. Denn die Geschäftsleute, die neuen Reichen haben sich schnell

umgestellt. Sie erhoffen für sich vorläufig unter französischem Regime höhere Gewinne.

Spät in der Nacht fährt der Schnellzug nach dem Süden ab. Nach reichlichem Gedränge ergattert man einen Platz und ist dann überrascht, auch in der dritten Klasse ein bequemes Lederpolster zu haben. Neben mir der kleine Handelsreisende aus Paris schnarcht schon nach einer halben Stunde, und gegenüber senkt sich das hübsche Gesicht der charmanten Südfranzösin immer gefährlicher nach der Schulter ihres Nachbars hin. Fast habe ich ihn um seinen Platz beneidet. Draussen scheinen nur schwach die dunklen Umrisse der Vogesen auf der einen und des Schwarzwaldes auf der anderen Seite durch die Nacht. Mülhausen, Belfort sind vorüberfliegende Orte, die noch einen schwerwiegenden Nachklang aus dem grossen Weltmorden haben. Während die Bahn über die Ausläufe des Jura steigt, bin ich auch eingeschlafen. Das dunkle Abteil hat eine friedliche Welt für sich gebildet, aus der jeder Eindringungsversuch neuer Reisender und der kontrollierende Schaffner aus dem Halbschlaf heraus missbilligend angezwinkert werden.

Als wir beim Morgengrauen die dunklen Stoffvorhänge an den Fenstern in die Höhe schnellen lassen, sind wir bereits im Rhonetale. Träge und lehmig fliesst der hier noch schmale Strom gen Süden. Aber schon liegen an seiner Seite üppige Weingärten auf den Terrassen der Berge. Im Tale stehen die ersten fremdartigen Bäume. Pinien strecken ihre weiten, kahlen Äste in die Breite, während schlanke Pappeln frisch und jung in den Himmel schiessen. In der Umgebung der Dörfer liegen ausgedehnte Olivenhaine, und die sich an den steilen Boden anschmiegenden Bauernhäuser sind niedrig mit flachen, roten Ziegeldächer geworden.

Jäh wird dieses schöne, schon ganz südlich anmutende Bild von hohen Schornsteinen und dickem Fabrikdunst unterbrochen. Wir sind in der grossen Seidenstadt Lyon. Hier amtiert der französische Ministerpräsident Herriot als Bürgermeister, und Lyon bildet das politische Zentrum des Südens als Gegengewicht zu Paris.

Weiter geht die Fahrt durch das Rhonetal in stets südlicher Richtung. Die Sonne brennt heiss durch die schmutzigen Fensterscheiben. Auf den Stationen wird von kleinen Burschen Obst und Trinkwasser angeboten, und doch wird die Hitze langsam unerträglich. Wir beneiden die im Flusse badenden Menschen und Tiere. Dicht neben der Bahnlinie führt die Autostrasse entlang. Elegante Wagen rasen mit dem Zuge um die Wette, bis ein Mauleselgespann ihnen den Weg versperrt.

Wärme und Müdigkeit bringen uns in erschöpfenden Halbschlaf, aus dem uns plötzlich der laute Ruf "Avignon!" weckt. Diese sehr alte, im Mittelalter blühende Stadt dürfen wir nicht versäumen. Wir blicken auf ein Meer von flachen Dächern, die terrassenförmig übereinander gebaut sind. Um die Altstadt führen dicke Mauern und solide Befestigungen aus der Zeit, als es noch kleine Tanks und bombenwerfenden Flugzeuge gab. Als alles überragender Bau aber streckt der Papstpalast seine steilen Wände und burgartigen Räume über die Stadt. Hier schlug einst der Papst Clemens V. seine Residenz auf, und nach ihm herrschten noch eine Reihe andrer Gegenpäpste in Avignon, die mit Unterstützung Frankreichs die römischen Päpste bekämpften. Aus jener unrühmlichen Zeit des Christentums, die erst vom Konstanzer Konzil beendet wurde, ist bis heute der Papstpalast als grösste Sehenswürdigkeit Avignons erhalten geblieben.

Bei der Weiterfahrt entfaltet sich die Provence mit all ihrer Pracht, mit den üppigen Gärten und den kahlen Felsbergen, bis schliesslich in der Ferne im glitzernden Sonnenschein das freie Mittelmeer erscheint. Die Bahn bricht sich in vielen Tunneln einen Weg durch die Felsenberge bis nach der Küste. Die Luft wird kühler; ein frischer Wind weht vom Wasser her. Unruhe kommt über die Reisenden; bald ist es erreicht, das ferne Ziel, der grösste Hafen Frankreichs am Mittelmeer: Marseille. Geschützt liegt der alte Hafen in

einer niedlichen Felsenbucht, und vom hoch oben am Berge liegenden Bahnhof aus bestaunen wir die auf- und niedersteigende Stadt, das Gewirr der Schiffe und die über allem erhabene Kathedrale Notre Dame de la Garde.

Karl Moeller.

Girolamo Cardano.[x]

SPD. In fast alle Autos ist eine "Cardanwelle" und ein "Cardangetriebe" eingebaut. Ganz selbstverständlich werden diese Bezeichnungen gebraucht, aber nur selten ist sich der Sprecher darüber klar, warum gerade diese Bezeichnung gewählt wurde. Was ist "Cardan"? Diese Frage ist völlig falsch gestellt. Es muss nämlich heissen: "Wer ist Cardan?" Ja, wer ist dieser Mensch, dessen Namen mit einem der wichtigsten Teile des modernen Kraftwagens in Verbindung gebracht wird ?

Es handelt sich hier um keinen Autoingenieur. Cardan ist überhaupt kein Mensch der Gegenwart, sondern ein Mann, der im Ausgange des Mittelalters lebte. Gerade gegenwärtig ist es vierhundert Jahre her, dass der kenntnis- und ideenreiche Arzt Girolamo Cardano die hochwohlweisen Professoren der Universitäten von Padua und Pavia durch eine wissenschaftliche Abhandlung, die von den "Irrtümern der Fakultät" handelte, in die hellste Aufregung und Empörung versetzte. Ein unehelich geborener Akademiker hatte sich unterfangen, gegen die auf einwandfreie Weise zur Welt gekommenen Mitglieder der medizinischen Fakultät zu Felde zu ziehen. Die auf "Reinlichkeit" bedachten, abgestempelten Mediziner hatten es nämlich abgelehnt, den Bastard des namhaften Juristen und Mathematikers Facio Cardano trotz glänzender Examina in die Ärzteschaft aufzunehmen. Nach ihrer Meinung konnten auch die besten Kenntnisse und die grössten Fähigkeiten nicht den Makel der Geburt abwaschen. Und nun hatte sich dieser Bankert erlaubt, diesen honnetten Herren sehr deutlich die Meinung zu sagen. Der wissenschaftliche Krach erregte auch die eigentlich unbeteiligte Öffentlichkeit. Man wurde auf den rabiaten Cardano aufmerksam; man fand seine Streitschrift geistreich; viele rühmten die Klugheit des Verfassers, und zwei Jahre später trug man ihm eine Professur in Mailand an, wo man sich seiner grossen mathematischen Fähigkeiten im Interesse der heranwachsenden Jugend versichern wollte. Cardano hatte zwar nach eifrigen Studien in Pavia und Padua als Mediziner promoviert, aber daneben nicht minder eifrig die Geheimnisse der Mathematik ergründet und sich auch auf diesem Gebiete einen bedeutenden Ruf gemacht. Als es ihm gelang, das Kind eines Mailänder Senators von einer schweren Erkrankung zu heilen, gewann er die Gunst dieses einflussreichen Mannes in so hohem Masse, dass dieser alle seine diplomatische Kunst und seinen ganzen Einfluss für die Aufnahme Cardanos in die Mailänder Ärzteschaft geltend machte. Der Widerstand der legitim Geborenen wurde durch den Ansturm von Macht und Einfluss und unter dem Eindruck der nicht abzustreitenden medizinischen Erfolge Cardanos besiegt. Der ursprünglich Verfemte wurde in die Ärzteschaft aufgenommen.

Damit beginnt ein unerhörter Aufstieg Cardanos. Die Universität Padua rechnet es sich auf einmal zur Ehre an, Cardano 1547 als Professor der Medizin zu gewinnen. Der Ruhm des seltenen Mannes dringt weit hinaus über die Grenzen seines Heimatlandes. Er erreicht seinen Höhepunkt, als der grosse Arzt 1551 nach Schottland berufen wird. Elf Jahre später finden wir den Rastlosen als Professor der Medizin in Bologna. Dann aber folgt ein fast unbegreiflich erscheinender Niedergang: Der von äusseren Erfolgen und Anerkennungen Verwöhnte erleidet Schiffbruch in der Gestaltung seines Familienlebens. Streit und Unfriede verzehren ihn. Alle Erfolge verblassen an seiner grenzenlosen seelischen Vereinsamung. Er beginnt, seine Studien und seinen Unterricht zu ver-

nachlässigen. Man ist zunächst nachsichtig gegendiesen grossen Heros des Geistes, dessen wissenschaftliche Verdienste für alle Zeiten feststehen. Doch bald bemächtigt sich die Fama des verdienten Mannes, der seinen Pflichten gegen Gott und die Menschen nicht mehr nachkommt. Er wird der Ketzerei angeklagt. Ganz ohne Zweifel war der "Teufel in ihn gefahren". Cardano muss in den Kerker. Der Papst in Rom muss sich für ihn verwenden. Sein Machtwort rettet den völlig Haltlosen. Im Vatikan findet Cardano seine letzte Zuflucht. Wieder hat ihm seine wissenschaftliche Leistung geholfen. Man konnte einen Mann seines Rufes nicht wie einen gewöhnlichen Ketzer enden lassen. Am 21.September 1576 erlöste der Tod den ewig unruhigen Geist.

Cardanos Werk umfasst nicht weniger als zehn Bände, die 1663 gesammelt herausgegeben wurden. Die Hauptwerke befassen sich mit mathematischen Problemen. In dem 1545 erschienenen Werke über die Algebra (Artis magnae sive de regulis Algebrae liber unus) ist auch die nach ihm benannte "Cardanische Formel" zur Lösung von Gleichungen dritten Grades enthalten, die jedoch nicht von ihm selbst, sondern von Scipione Ferro und Tartaglia herrührt. Daneben hat Cardano eine grosse Anzahl medizinischer und auch philosophischer Arbeiten hinterlassen. Aber er hat sich nicht mit theoretischen Fragen begnügt. Er verstand es, seine hervorragende mathematische Begabung auch in der Technik zur Geltung zu bringen. Von ihm rührt eine Vorrichtung zum schwingungsfreien Aufhängen schwerer Körper in Schiffen her. Er gab das Cardangelenk an, durch das die Uebertragung einer Kraft von einer Welle auf eine andere im Winkel zu ihr gelagerte ermöglicht wird. Und wenn wir uns nun das Auto ansehen, so erkennen wird, dass Cardanwelle und Hinterradachsen in einem rechten Winkel zu einander stehen, und wir begreifen nun den an sichso seltsamen Namen dieser Maschinenteile. Ueber die Jahrhunderte hinweg ist so in einem modernen Verkehrsmittel der Name eines grossen Gelehrtenerhalten geblieben. In der Kinematik, der Lehre von der Bewegung, sind die Cardanischen Kreise bekannt, bei denen ein kleiner Kreis im Innern eines doppelt so grossen Kreises abrollt. Wer denkt dabei nicht an die seltsamen Fahrzeuge, bei denen der Fahrer mit dem Motor im Innern eines Riesenrades sitzt, wobei der Motor durch ein Zahnradgetriebe sich im Innern des grossen Rades abrollt und dadurch eine Vorwärtsbewegung erzeugt!

Die wenigen Beispiele mögen genügen, um das Wirken Cardanos zu kennzeichnen, der bei allem Fleiss und allen Arbeitserfolgen doch ein unglücklicher Mensch gewesen ist und daher nicht nur unsre Bewunderung, sondern auch unser Mitgefühl verdient.

W.M.

Einer bekommt Arbeit.[x]

SPD. Der Arbeitslose Johann Malster steht vor dem mächtigen Gebäude der Ölfabrik "Teutonia". Aus dem Fabriktor, mit dem Klappschilde darüber: "Einfahrt frei" und "Vorsicht", schleppen Fordtrekker mit Ölkuchen beladene Lastwagen. Vor dem Kontorportal warten die Autos der Direktoren und Handelsvertreter. Der Arbeitslose Johann Malster steht und denkt: Wird es diesmal glücken? Er zaudert und schnuppert den Öldunst, der in der Strasse liegt. Das riecht, als wenn Makronen gebacken werden. Die Fabrikpfeife kündet das Ende einer Schicht an. Kurz nachher drängen sich Arbeiter durch eine Pforte. Johann Malster fasst Mut und bittet den Portier um Anmeldung beim Syndikus, dem man ihn empfohlen hat. Ueber teppichbelegte Treppen, vorbei an bunten Glasfenstern mit allegorischen Figuren, die den Handel darstellen, an Türen vorbei, aus denenjunge Mädchen mit Stenogrammblöcken treten und das Klappern und Klingeln der Schreibmaschinen tönt, durch eine Wandelhalle, in der eichengeschnitzte Bänke und Stühle stehen und grosse Aschenbecher auf zierlichen Rauchtischen thronen, gelangt er in das Büro. Er bekommt den Bescheid, dass

er am nächsten Morgen um 6 Uhr zur Arbeit kommen soll....

Johann Malster läuft durch die Strassen und kann es garnicht fassen. Er ist ganz verwirrt von der beglückenden Tatsache, endlich wieder Arbeit zu haben. Er wird jetzt wieder ein regelmässiges Mittagessen haben, und er wird sich ein Paar Schuhe kaufen können, die er so notwendig braucht... Johann Malster geht und rechnet und schmiedet Zukunftspläne.

Am nächsten Morgen, lange vor 6 Uhr, steht er wieder vor dem Fabrikportal. Der Pförtner, der ihn wiedererkennt, nickt ihm jovial zu. Kling, und die Kontrolluhr registriert Nr.951. Die Karte zeigt die genaue Ankunftszeit des Kommenden an. Dann geht es nach einem Spind im Keller. Eine elektrische Birne beleuchtet eine Reihe dieser Spinde, ein paar ungehobelte Tische und Bänke, fragwürdige Waschgelegenheiten. Eintönig tropft Wasser aus einer undichten Leitung.

"Sie sind der Neue? - Pietzel, zeig' ihm mal, wie man Farbe anrührt", sagt der Meister. Pietzel, der Kollege, der in Holzpantoffeln einherschlurft und einen ehemals blauen Arbeitsanzug trägt - der jetzt aber wie ein Narrengewand aussieht: rot, grün, blau, weiss -, bindet sich eine Schürze aus Sackleinwand um und zeigt dem Neuen die Fässer mit Farbpulver und Blechtrommeln mit Benzin und Harz. "Du bist der Jüngste und musst jeden Morgen Farbe anrühren", sagt Pietzel und zeigt, wie man aus Benzin, Harz und Farbpulver streichfertige Farbe macht: "Verplattere aber nicht zu viel Benzin!"

Inzwischen ist die Arbeit schon in Schwung gekommen. "Korl, hol mi mol de Foten (Fässer)!" brüllt jemand, der mit einem Messingrohr bewaffnet ist, an dessen Ende eine Glühbirne steckt. Korl trudelt die Holz- und Eisenfässer, die zum Trocknen auf Röhren liegen, denen Heissluft entströmt, zu "Dörchleuchting". Der sieht nach, ob die Fässer sauber sind. Sonst kommen sie wieder in die Spülerei, von der man nur eine Dampfwolke sieht. Die Spüler bewegen sich wie Schemen darin und husten, wenn der Sodastaub ihre Kehle beizt.

Willem holt die ersten Flaschen Bier aus der Kantine. Sie werden brüderlich verteilt. In den Hof kommen Lastautos gebrummt, die voller Eisenfässer sind. Die Ablader werfen die Fässer auf alte Gummireifen. Eine Kolonne türmt in der Mitte des Hofes einen Berg Holzfässer auf. Die Küper holen sich die entzwei gegangenen Fässer in ihre Werkstatt, in der man vor Pochen und Hämmern sein eigenes Wort nicht hört.

"Dörchleuchting" hat eine Reihe Fässer spundrecht aufgestellt. "De kannst du anmolen, ober nich so dick. - De möst du blau strieken!" Der Neuling holt den Eimer mit blauer Farbe und den Pinsel und macht sich an die Arbeit. Neben ihm stampfen die Maschinen im Maschinenhause, donnern die Trekkermotore, poltern Eisenfässer, zucken die Flammen aus den Heizungsschlünden im Kesselhause. Die Farbe spritzt; bald wird der neue Arbeitsanzug wie ein Papageiengefieder aussehen.

Ein Elektrokarren kommt angeklingelt. "De raffinierten Foten möten röber! In die "raffinierten Foten" wird das beste Leinöl gefüllt. Ein Kunde wartet schon mit seinem Lieferwagen und will die Fässer holen. "Kumm, Franz, fot mol mit an! Jo, du bist meent." Johann Malster hilft aufladen und reisst sich Holzsplitter in die Hände. "Dat warst du alles gewohnt. Du bist wohl 'n Kontorknüppel?" fragt der Karrenführer. Als der Wagen abgerasselt ist, kommen die übrigen Fässer auf eine Laufschiene und rollen über den Hof. Auf das Signal "Lopen laten!" stürzen die Arbeiter los und trudeln die Fässer über den Fahrdamm zum Wieger. Ein weisser Kittel erscheint im Blickfelde. Es wird eifriger gearbeitet. Der Betriebsleiter geht über den Hof. Alle Weisskittel werden mit Misstrauen angesehen.....

Um 10 Uhr schrillt die Fabrikpfeife: Frühstückspause. Alles strömt nach dem Keller. Johann Malster sieht sich auf seiner neuen Arbeitsstätte um.

Auf dem schmutzigen Kanalwasser, an der Rückseite der Fabrik, schwimmen Schuten mit Palmkernen. Wenn die Sonne auf das Wasser scheint, nimmt es Regenbogenfarben an. Die Exhauster rauschen und saugen den Inhalt der Schuten

in die Speicher.

Im Pressensaal I stehen die Topfpressen. Von den Topfpressen, in denen die Palmkerne zerdrückt werden, läuft das Öl durch mächtige Rohre in die Raffinerie. Hier wird das Öl gekocht und von Säuren befreit. Das Palmöl gluckst in den Tanks, tropft aus den Hähnen der Zuleitungsrohre. Ueberall fettige, schmutzige Männer. Und ab und zu ein Weisskittel, ein Chemiker, der Ölproben nimmt.

Im Mühlenraum werden die Rückstände aus den Topfpressen zu Kuchenmehl vermahlen. Das Kuchenmehl wird zum Teil in Säcke verpackt und so als Viehfutter versandt, oder es wird zu Palmkuchen gepresst, die ebenfalls als Viehfutter verkauft werden.

Im Pressensaal II arbeiten bei 35 Grad Hitze Männer, die nur mit einer Badehose bekleidet sind, die obligate Sackleinwandschürze umgebunden und ein Netztuch um den Kopf gedreht haben. Zischend sausen, durch einen Handhebel bedient, die Dampfpressen hoch und quetschen den Kuchenstaub zu Palmkuchen. Unter den Pressen, im Keller, schaffen die "Schietenkleier" den Ölschlamm fort, der hier heruntersickert.

Um halb drei Uhr pfeift es Feierabend. Die Arbeiter waschen sich Gesicht und Hände in Benzin, und damit die Haut nicht rissig wird, schmieren sie sie mit Palmöl ein. Malsters Hände sehen grauenhaft aus: die Nägel abgebrochen, der Daumennagel blutunterlaufen - er war zwischen zwei Eisenfässer geraten -, die Handfläche voller Splitter. "Lot man, Kolleg; nächste Woche gifft dat Geld; denn is allens wedder gaud!" sagt Pietzel....

Erich Preusse.

Teut ist los!

Was rasselt und prasselt so pudelfroh
tagtäglich mir in den Ohren
aus Orgeln, Kintopp und Radio ?
Ein tolles, buntes Rumoren!

Der Teut ist los! und im Wetterstrahl
rast Wotan aus lichten Sphären;
in allen Hainen sind wieder mal
besoffen die deutschen Bären.

Das bläst und tutet und dröhnt und kracht
aus tausend Heldenvereinen,
die ganze heil'ge Cheruskermacht
ist tatenvoll auf den Beinen.

Und Michel schaut sich belämmert um,
weiss nicht, was soll es bedeuten,
belauscht verstört das Brimborium
und singt den Choral von Leuthen.

Und als er gesungen, da hört er hell
die teutische Peitsche knallen,
und über sein juckendes Hundefell
streicht seliges Wohlgefallen.

Und alles ist glänzend aufgepufft
vom Adler bis zu dem Gockel;
die Bären tragen Gesellschaftskluft,
die Büffel blanke Monokel.

Die Wölfe heulen im Massenchor:
O, Deutschland du über alles!
Hyänen gröhlen voll Diebshumor
im Schutz des tollen Krawalles.

O, götzenseliges Rendezvous!
Weit steht die Walhalla offen!
Kein deutscher Sender kommt mehr zur Rüh;
auch Michel wird jetzt besoffen

von all dem kredenzten Göttermet
und lallt: Ich hab mich ergeben!
Der Mützenzipfel im Sturme weht
und alle Erbfeinde beben.

Und dann, nachdem man mit viel Geschwatz
die Bären ihm aufgebunden,
nimmt Michel an einem Denkmal Platz
und kühlt die empfangenen Wunden!

Lazzaroni.

SPD. Variationen über ein Sprichwort.x Die Sprichwörter und die Märchen der Deutschen haben oft einen leisen pessimistischen Zug. Das gilt auch für das Sprichwort, das von einem Metall handelt, das wir heute in Münzenform kaum noch kennen: "Es ist nicht alles Gold, was glänzt." - Es ist nun interessant, zu beobachten, wie drei verschiedene Denker diesen nicht eben tiefen Satz umgeformt haben. Friedrich Hebbel schreibt in seinen Tagebüchern unterm 3. September 1836: "Es ist nicht alles Gold, was glänzt. Aber es glänzt auch nicht alles, was Gold ist, sollte man billig hinzusetzen." - Spricht sich nicht schon in diesen wenigen Worten der ganze Mann aus, der Mann, dem aller Schein in Kunst und Leben verhasst war, und der gern mit Handwerkern und Arbeitsleuten plauderte, sobald er einen guten Kern in ihnen entdeckt hatte? - Schwarzen Pessimismus, aber wiederum auch Güte atmet der Satz, in dem der Dichter Peter Hille das Sprichwort parodiert; er, dem nie ein Erfolg im Leben beschieden gewesen ist, meint: "Es ist nicht alles Talmi, was glänzt." - Noch einen Schritt weiter tut Friedrich Nietzsche. Er verneint das Sprichwort geradezu, indem er behauptet: "Alles, was Gold ist, glänzt nicht. Die sanfte Strahlung ist dem edelsten Metalle zu eigen." ("Der Wanderer und sein Schatten", Aphorismus 340.)

SPD. Billige Autos.x Auf der Automobilmesse stand eine fabelhafte grosse Limousine. Der Schotte Macpherson fragte nach dem Preise: "2000 Pfund", war die Antwort. Dann kam eine kleinere Limousine. "Kostet 1500 Pfund". Dann stand da ein netter Gebrauchswagen, der vierhundert Pfund kostet. Und schliesslich kam der Schotte in die Kleinauto-Abteilung. "Ah", strahlte er, "das sind die Gratismuster, nicht wahr? Packen Sie mir mal eins ein!"

SPD. Die Wahrheit wird durch Zeit und Beobachtung gestärkt, Behauptungen durch Eile und Unsicherheit. Tacitus.